ENTSCHLIESSUNGS- UND ÄNDERUNGSANTRÄGE

Anträge der Mitglieder Nr. 3-53 und Vorstandsentschließung Nr. 55

AUGUST 2017

30. PSI-Weltkongress
30. Oktober bis 3. November 2017
Genf, Schweiz

„Kein Mensch wird mit dem Hass auf andere geboren,
Hass aufgrund der Hautfarbe, der Herkunft oder der Religion.
Menschen müssen erst lernen zu hassen,
und wenn sie das Hassen lernen können,
dann kann man sie auch das Lieben lehren.
Denn Liebe empfindet das menschliche Herz viel natürlicher als
ihr Gegenteil.“

Nelson Mandela, Der lange Weg zur Freiheit

Internationale der Öffentlichen Dienste
2017

Text abgeschlossen am 28. August 2017

Public Services International
Internationale des Services Publics
Internacional de Servicios Públicos
Internationale der Öffentlichen Dienste
Internationell Facklig Organisation för Offentliga Tjänster
国際公務労連

Entschließungs- und Änderungsanträge für den 30. PSI-Weltkongress 2017

Versand an die Mitglieder

Bitte beachten:

Der Entschließungsantrag Nr. 1 mit dem Aktionsprogramm 2018-2022 und der Entschließungsantrag Nr. 2 mit den Satzungsänderungen werden beide vom PSI-Vorstand vorgelegt. Diese Unterlagen werden separat aufgelegt und gedruckt.
Der Entschließungsantrag Nr. 55 über die Mitgliedsbeiträge wird ebenfalls vom Vorstand vorgelegt, ist aber wegen seiner Kürze Teil dieser Unterlage.

Textmarkierung:

Diese Änderungsanträge, zusammen mit den Empfehlungen des Geschäftsordnungsausschusses, wurden in die vorliegende Unterlage integriert und sind blau markiert. Textlöschungen sind ~~**fettgedruckt und durchgestrichen**~~; neuer Text ist **fettgedruckt und unterstrichen**.

Entschließungs- und Änderungsanträge für den 30. PSI-Weltkongress 2017

INHALT

Entschließungsantrag Nr. 3: Unabhängige öffentlich Bedienstete (zurückgezogen) 7

Entschließungsantrag Nr. 4: Demokratische Regierungsführung aus dem Gleichgewicht 7

Entschließungsantrag Nr. 5: Rechenschaftspflicht und Überwachung der Fortschritte im Rahmen des Aktionsprogramms (zurückgezogen) 8

Entschließungsantrag Nr. 6: Je mehr GewerkschafterInnen – desto besser die Welt 8

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 6 9

Entschließungsantrag Nr. 7: Lohngleichheit (zurückgezogen) 9

Entschließungsantrag Nr. 8: Die Auswirkungen häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz (zurückgezogen) ... 9

Entschließungsantrag Nr. 9: Gerechtigkeit für menstruierende Personen – Maßnahmen, für gleichberechtigten Zugang aller zu Erziehung, Berufstätigkeit und gesellschaftlichem Leben 9

Entschließungsantrag Nr. 10: Solidarität mit MigrantInnen und der Asylbewegung 11

ÄNDERUNGSANTRÄGE ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 10 11

Entschließungsantrag Nr. 11: Gewerkschaftliche LGBTQI-Politik mit anderen globalen Gewerkschaftsverbänden 12

Entschließungsantrag Nr. 12: Beschäftigung für die indigene Bevölkerung im öffentlichen Sektor (zurückgezogen) 12

Zusammengesetzte Entschließung Nr. 13: Unterstützung internationaler BeamtInnen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 13, Nr. 14 und Nr. 15) 12

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 13 15

Entschließungsantrag Nr. 14: Verbesserung des Schutzes der internationalen Beamten (zurückgezogen) 16

Entschließungsantrag Nr. 15: Beschäftigungsbedingungen und Rechtsschutz für Personal bei GSVP-Missionen (zurückgezogen) 16

Entschließungsantrag Nr. 16: Prekäre Arbeit 17

Entschließungsantrag Nr. 17: Grundlegende Arbeitnehmerrechte für japanische Beamte und Beamtinnen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 17 und Nr. 19) 17

Entschließungsantrag Nr. 18: Die Nutzung von Urkunden der IAO zur Stärkung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften 18

Entschließungsantrag Nr. 19: Gewerkschaftsrechte für Feuerwehrleute in Südkorea (zurückgezogen) 18

Entschließungsantrag Nr. 20: Kollektivverhandlungen bei PLN Indonesien 19

Entschließungsantrag Nr. 21: Anerkennung der Unabhängigen Gewerkschaft Öffentlich Bediensteter Kambodschas (CICA) 19

Entschließungsantrag Nr. 22: Unterstützung für Beschäftigte mit psychischen Traumata 20

Entschließungsantrag Nr. 23: Existenzsichernde Löhne 20

Entschließungsantrag Nr. 25: Verletzung von Gewerkschaftsrechten 21

Entschließungsantrag Nr. 26: Menschenwürdige Arbeit 22

Entschließungsantrag Nr. 27: Solidarität 22

Entschließungsantrag Nr. 28: Bedrohte GewerkschaftsführerInnen der brasilianischen Justiz 24

Entschließungsantrag Nr. 29: Protest gegen Nichtdurchführung der Vergütungsüberprüfung von Justizangestellten in Brasilien 24

Entschließungsantrag Nr. 30: Globale Aktionen zur sozialen Absicherung 25

Entschließungsantrag Nr. 31: Kritische Auseinandersetzung mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ASB), der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) und anderen multilateralen Institutionen in der Region 26

Entschließungsantrag Nr. 32: Steueroasen 26

Entschließungsantrag Nr. 33: Globaler Handel für alle und Schluss mit dem Sündenbock-Status von WanderarbeitnehmerInnen 27

Entschließungsantrag Nr. 34: Freihandelsabkommen (zurückgezogen) 28

Entschließungsantrag Nr. 35: Beschäftigungsübergang 28

Entschließungsantrag Nr. 36: Hedgefonds und Privatkapitalgesellschaften 29

Entschließungsantrag Nr. 37: Notfälle und Katastrophen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 37 und Nr. 38) 31

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 37 31

Entschließungsantrag Nr. 38: Verbesserte Krisenresistenz von Gesellschaften durch stärkere öffentliche Dienste (zurückgezogen) 32

Entschließungsantrag Nr. 39: Gesundheit und Wohlfahrt (zurückgezogen) 32

Entschließungsantrag Nr. 40: Mindestpersonalschlüssel im Gesundheitswesen (zurückgezogen) 32

Entschließungsantrag Nr. 41: Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Gesundheitssektor 32

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 41 33

Entschließungsantrag Nr. 42: Kommunalverwaltungen und Nachhaltigkeit 33

Entschließungsantrag Nr. 43: Energie 34

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 43 35

Entschließungsantrag Nr. 44: Öffentliches Berufsbildungssystem und Elektrikerlehrlinge in Australien 35

Entschließungsantrag Nr. 45: Netzwerk von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im westlichen Mittelmeerraum 36

Entschließungsantrag Nr. 46: Region Naher Osten und Nordafrika 37

Entschließungsantrag Nr. 47: Kerzenlicht-Proteste in Südkorea als Start für weitere Aktionen 39

Entschließungsantrag Nr. 48: Solidarität mit dem kurdischen Volk 40

Entschließungsantrag Nr. 49: Israel und Palästina (zurückgezogen) 40

Entschließungsantrag Nr. 50: Für einen unabhängigen palästinensischen Staat, der seinen BürgerInnen hochwertige öffentliche Dienste bietet 41

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 50 42

Entschließungsantrag Nr. 51: Die Rechte palästinensischer ArbeitnehmerInnen in Israel (zurückgezogen) 42

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 51 42

Entschließungsantrag Nr. 52: Kanadisches Gesetz gegen Terrorismus, 2015 43

Entschließungsantrag Nr. 53: Fortsetzung des Friedensprozesses in Kolumbien 44

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 53 44

Entschließungsantrag Nr. 55: PSI-Mitgliedsbeiträge 45

Entschließungsantrag Nr. 3: Unabhängige öffentlich Bedienstete (zurückgezogen)

Vorgelegt von: New Zealand Public Service Association (Te Pūkenga Here Tikanga Mahi - NZPSA), Neuseeland

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 4: Demokratische Regierungsführung aus dem Gleichgewicht

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017 in Genf,

BEDAUERT, dass US-Präsident Donald Trump innerhalb kürzester Zeit in der ganzen Welt Chaos und Unsicherheit ausgelöst hat – und damit eine grundlegende Abwendung von einer seit langem bestehenden Achtung der Rechtsstaatlichkeit, eines fortschrittlichen normativen Rahmens für Menschenrechtsstandards, eine Abwendung von Diplomatie und Solidarität unter demokratischen Ländern;

ANERKENNT, dass eine Zeit neuer wirtschaftlicher, sozialer und geopolitischer Gegebenheiten angebrochen ist; das Referendum im Jahr 2016 zum Brexit und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen waren Stimmen gegen den Status quo und das Establishment in einer politischen Umbruchssituation, angespornt durch Familien der Arbeiter- und Mittelklasse, die völlig zu Recht das Gefühl haben, von den Errungenschaften des Wirtschaftsaufschwungs ausgeschlossen zu sein;

ANERKENNT, dass wachsende Ungleichheit und Abbau von Industrien ihren Tribut von der Gesellschaft gefordert haben, dass Angst und Frustration unter anderem in Frankreich, Deutschland, Ungarn, Brasilien, Argentinien, Südkorea, den Philippinen, der Türkei, Italien und den Vereinigten Staaten zu tiefgreifenden Veränderungen der Parteienlandschaft geführt haben;

STELLT FEST, dass Slogans wie *America first!*, *Ons Nederland*, *Brasil, ame-o ou deixe-ol*, *Asyl braucht Grenzen!*, *On est chez nous!* – ein ungezügelter Ausdruck von Nationalismus sind, der in der ganzen Welt aufklingt, sowie ein Zeichen engstirniger nationaler Interessen, die die Wirtschaften ihrer Länder abschotten und ihre Feinde ruinieren wollen, Bewegungen, die die demokratische Regierungsführung zerstören;

VERURTEILT, dass autoritäre Politiker die Medien als ihre Feinde bezeichnen und die Presse-, Rede- und Vereinigungsfreiheit bedrohen;

BESCHLIESST, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) und ihre Mitgliedsgewerkschaften sich der Zerstörung unserer traditionellen fortschrittlichen Werte widersetzen werden, indem sie gegen die gefährliche Rhetorik von Autoritarismus und Nationalismus, wie sie von Rechtsextremen in der ganzen Welt propagiert werden, angehen;

FORDERT PSI AUF, Ressourcen und technische Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Kräfte, die die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Sektor zerstören wollen, bekämpft werden können; und

BESCHLIESST, dass PSI im Globalen Gewerkschaftsrat maßgebend dafür eintreten wird, dass mit den Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam eine Widerstandsbewegung zum Schutz der Rechte und Freiheiten und zur Verteidigung der Demokratie geschaffen wird.

Vorgelegt von: American Federation of Government Employees (AFGE); American Federation of Teachers (AFT); Service Employees International Union (SEIU) - USA; Asociación del Personal No Docente de la Universidad de Buenos Aires (APUBA), Argentinien; Centrale des Syndicats du Québec (CSQ); National Union of Public and General Employees (NUPGE) - Kanada; Korean Public Service and Transport Workers' Union (KPTU), Südkorea; Public Services Labor Independent Confederation (PSLINK), Philippinen; Sindicato de Trabajadores de la Universidad Nacional Autónoma de México (STUNAM), Mexiko

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 5: Rechenschaftspflicht und Überwachung der Fortschritte im Rahmen des Aktionsprogramms (zurückgezogen)

Vorgelegt vom Frauenausschuss Asien-Pazifik anlässlich APREC März 2017

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 6: Je mehr GewerkschafterInnen – desto besser die Welt

(Originalversion Norwegisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FOLGENDES FEST:
Die internationale Gemeinschaft steht im 21. Jahrhundert vor enormen Herausforderungen. Die Weltbevölkerung wächst, Globalisierung und Digitalisierung bieten größere Mobilität und die demographischen Gegebenheiten der Bevölkerung ändern sich rasch. Mehr Information und Wissen bieten uns mehr Antworten, Krankheiten verschwinden, neue Lösungen kommen zur Anwendung und Menschen sind mobiler als je zuvor.

Diese Veränderungen stellen eine Herausforderung am Arbeitsplatz dar. Die Geschichte zeigt, dass es in Ländern mit starken Demokratien und Wohlfahrtsprogrammen für die Bevölkerung immer starke Gewerkschaften gegeben hat, die für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sorgten. Die Gewerkschaftsbewegung nahm eine Schlüsselposition bei der Heranbildung von Nationalstaaten und ihrer Demokratie ein, und war der Wegbereiter des Wohlfahrtsstaats.

2017 gibt es jedoch weltweit, trotz hoher Arbeitslosenraten und großer sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, weniger Gewerkschaften als früher. Außerdem besteht im privaten wie im öffentlichen Sektor weiterhin ein bedeutendes Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, das mit erheblichen Unterschieden am Arbeitsplatz einhergeht.

In einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und großer Unterschiede zwischen Menschen und Ländern muss sich PSI vermehrt der gewerkschaftlichen Organisation zuwenden. In zahlreichen Ländern steht der öffentliche Sektor vor der Herausforderung mächtiger Kräfte, welche die legitime Macht des Sektors durch wirtschaftliche Liberalisierung und Änderungen der bestehenden Gesetze zu schwächen suchen und die öffentliche Sozialpolitik mittels Kürzungen, Privatisierung und Wettbewerb ihrer Substanz berauben wollen.

Langfristig stellt dies eine Gefahr für Demokratie und Wohlfahrt dar, und PSI ist als globale Gewerkschaftsbewegung für die Bediensteten des öffentlichen Sektors dazu verpflichtet, als Gegengewicht aufzutreten, wo immer sich solche sozialen Tendenzen bemerkbar machen. Eine stärkere gewerkschaftliche Erfassung, und damit stärkere Gewerkschaften können dazu beitragen, den Widerstand gegen den Trend zu größerer Ungleichheit anzuführen.

DER KONGRESS BESCHLIESST, dass
PSI sich zusammen mit der gesamten globalen Gewerkschaftsbewegung darum bemühen wird, weltweit eine menschenwürdige Beschäftigungssituation sicherzustellen, die zur Einebnung der Unterschiede, zur Verbesserung des Wohlstands und zur Sicherung der Freiheit für alle nötig ist;

PSI auch an Arbeitgeber und Behörden in allen Ländern appelliert, etwas zu tun und kollektive Verantwortung zu übernehmen sowie sich dazu zu verpflichten, für menschenwürdige Arbeit für alle zu sorgen, die angesichts der unzähligen Herausforderungen und Möglichkeiten, die uns bevorstehen, eine Vorbedingung zur Verbesserung der demokratischen Entwicklung ist; und dass

PSI ihre Mitgliedsgewerkschaften auffordert, in demokratischen Belangen – und auch im Hinblick auf die Wohlfahrt - eine größere Rolle zu spielen und auf die Schaffung einer sichereren und vorhersehbareren Welt für künftige ArbeitnehmerInnen und Generationen hinzuarbeiten.

Vorgelegt von den nordischen Mitgliedsorganisationen

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 6

Änderungsantrag Nr. 33

Am Ende der Entschließung folgenden Text **hinzufügen**:

... und dass...

PSI ihre Mitgliedsgewerkschaften AUFRUFT, auf allen Ebenen ihrer Gewerkschaft Organisationsausschüsse zu bilden, aufrecht zu erhalten und ihre Arbeit zu verfolgen, mit dem Ziel, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen und Gewerkschaftsrechte und die Vertretung der ArbeitnehmerInnen zu stärken. Um diese Anstrengungen zu unterstützen, wird PSI ein on-line Organising Network schaffen, so dass Beispiele bester Praxis, Techniken und Erfolge ausgetauscht werden können. Das Ziel dieses Netzwerks ist es, eine Datenbank für taktische Kompetenzen zur Verfügung zu stellen.

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Antragsteller unterstützt diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 7: Lohngleichheit (zurückgezogen)

Vorgelegt von: New Zealand Public Service Association (Te Pūkenga Here Tikanga Mahi - NZPSA), Neuseeland

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 8: Die Auswirkungen häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz (zurückgezogen)

Vorgelegt von: National Union of Public and General Employees (NUPGE), Kanada

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 9: Gerechtigkeit für menstruierende Personen – Maßnahmen, für gleichberechtigten Zugang aller zu Erziehung, Berufstätigkeit und gesellschaftlichem Leben

Der 30. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 31.Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

Selbst wenn 800 Millionen Menschen weltweit jeden Tag menstruieren, ist dies häufig ein mit Vorurteilen behaftetes Tabu, von dem wir nicht sprechen und das wir nicht bekannt machen. Stigmatisierung und mangelndes Wissen haben zur Folge, dass alte Gewohnheiten weiter bestehen und Menschen daran hindern, ihre Menschenrechte, wie etwa Wissen, Schulbildung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben voll and ganz zu genießen. Die Behörden, ihre MitarbeiterInnen und deren Gewerkschaften haben eine große Verantwortung, diese Botschaft weiterzutragen.

Die Menstruation ist einer der Gründe, warum Menschen einen Teil ihrer Ausbildung versäumen, früh von der Schule abgehen und deswegen in ihrem Berufsleben benachteiligt sind. Dies kann mehrere Gründe haben: angefangen damit, dass man es als Schande empfindet, wenn die Menstruation von anderen bemerkt wird, dass in manchen Gesellschaften menstruierende Personen als „unrein“ empfunden werden, dass Menschen während der Menstruation nicht zur Schule oder zur Arbeit gehen dürfen, bis hin zu Problemen mit dem Zugang zu sanitären Einrichtungen. Wenn diese Schwierigkeiten mit Armut gekoppelt sind, ist der Effekt des Ausgeschlossenseins noch stärker spürbar. Ein dritter Faktor, der zum Ausgeschlossensein beiträgt, ist Ignoranz – Ignoranz im

Hinblick auf Menstruation und Gesundheit, aber auch Ignoranz, die mit Vorurteilen und Unterdrückung einhergeht.

Die heutige Forschung muss durch Perspektiven ergänzt werden, die erhellen, welche Auswirkungen die Menstruation auf das Arbeitsleben und die jeweilige Person hat. Vorhandene Daten kommen meistens aus anderen Sektoren als den unseren, etwa aus der Textilindustrie. Zahlenmaterial aus einigen Ländern verweist darauf, dass mehr als die Hälfte aller menstruierenden Personen gezwungen sind, jeden Monat ein oder zwei Tage ihrer Arbeit fernzubleiben (einige Angaben verweisen darauf, dass mancherorts die Zahlen wesentlich höher liegen, bis zu 96%). Man kann davon ausgehen, dass die Gründe im Großen und Ganzen die gleichen sind wie für Personen, die der Ausbildung fernbleiben: Mangel an sicheren sanitären Einrichtungen und Schutz der Privatsphäre, Schamgefühl, Angst, dass die Menstruation bemerkt wird, Regelschmerzen und andere körperliche Beschwerden.

Zwar gibt es keine umfassenden Erkenntnisse zur Abwesenheit und anderen Problemen im Zusammenhang mit der Menstruation am Arbeitsplatz in PSI-Sektoren; es besteht jedoch kein Grund zu glauben, dass die Situation hier wesentlich anders ist als auf dem restlichen Arbeitsmarkt. Dies bedeutet einen großen Verlust für den Arbeitsplatz und die Allgemeinheit, vor allem aber selbstverständlich einen finanziellen Verlust für Menschen, die gezwungen sind, der Arbeit fernzubleiben. Diese wirtschaftliche Belastung betrifft oft Menschen, die sich bereits in einer prekären finanziellen Situation befinden. Deshalb besteht kein Zweifel, dass die Menstruation das Arbeitsleben beeinträchtigt und ganz eindeutig ein Anliegen für die Gewerkschaften darstellt. Deshalb ist es unsere Pflicht als Gewerkschaften, der Frage nachzugehen, die Probleme in unseren Sektoren festzustellen und uns ihrer Lösung zuzuwenden.

Die Mitglieder der PSI-Mitgliedsgewerkschaften haben in diesem Zusammenhang eine doppelte Rolle zu spielen: Einerseits möchten wir bessere Chancen für die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben erreichen – die Arbeitssituation der Mitglieder verbessern. Aber die Beschäftigten des öffentlichen Sektors haben auch eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Wissen und der Förderung von Veränderungen im Rest der Gesellschaft zu spielen. Was Fragen der Menstruation, Geschlechtergleichberechtigung und das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit angeht, können die Mitglieder der PSI-Mitgliedsgewerkschaften, vor allem die im Gesundheitswesen, in Erziehung und Bildung und Sozialarbeit dazu beitragen, Wissen zu verbreiten und Verhaltensweisen zu verändern. Sie haben jedoch oft auch die Gelegenheit, sowohl als Gewerkschaftsmitglieder als auch durch ihre berufliche Position Entscheidungen der Behörden und anderer Gremien zu beeinflussen: Entscheidungen, die vom Zugang zu Monatsbinden bis hin zum Design von Toiletten und sanitären Anlagen in öffentlichen Gebäuden gehen können.

DESHALB BEABSICHTIGT PSI,

im Laufe der kommenden Kongressperiode, die Auswirkungen der Menstruation auf das Arbeitsleben und die Möglichkeiten für ArbeitnehmerInnen, am Arbeitsleben teilzunehmen, zu untersuchen. Dabei kann es um die Arbeitsumwelt und den Zugang zu Toiletten und sanitären Anlagen am Arbeitsplatz gehen, jedoch auch um andere Aspekte – wie etwa Schamgefühl und die Einstellung der Umgebung -, die dazu führen, dass Personen während der Menstruation vom Arbeitsleben ausgeschlossen oder an der Arbeit gehindert werden. Diese Untersuchungen sollten zu konkreten Vorschlägen führen, welche Maßnahmen PSI und ihre Mitgliedsgewerkschaften ergreifen können, um den menstruationsbedingten Ausschluss jedweder Person von Ausbildung, Berufstätigkeit oder gesellschaftlichem Leben zu verhindern und abzuwehren.

Vorgelegt von den nordischen Mitgliedsorganisationen

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 10: Solidarität mit MigrantInnen und der Asylbewegung

Der 30. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017,

In Anbetracht dessen,

- dass Gewalt, Krieg, Armut, Klimawandel und Unterdrückung alle zur Migration von Menschen beitragen;
- dass kein Mensch illegal ist und Solidarität keine Grenzen kennt;

BESCHLIESST, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) alle Mitgliedsgewerkschaften auffordern und unterstützen wird, an alle Regierungsebenen zu appellieren, allen EinwohnerInnen, auch jenen mit prekärem Immigrationsstatus, angstfreien Zugang zu lebensnotwendigen öffentlichen Diensten wie Gesundheitsfürsorge, öffentliche Erziehung, Arbeitsunfallversicherung, soziale Gerechtigkeit und Dienste lokaler Gemeinwesen zu bieten;

BESCHLIESST ferner, dass PSI die Bestrebungen unterstützt, die darauf abzielen, dass die Gemeinden eine Asylpolitik entwickeln, mit der allen EinwohnerInnen Schutz und Versorgung gewährt werden, unabhängig von ihrem Status als MigrantInnen oder nicht; und

BESCHLIESST schlussendlich, dass PSI gemeinsam mit ihren Mitgliedsgewerkschaften auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene Lobbytätigkeiten für eine humane und großzügige Asylpolitik für Flüchtlinge und die Schaffung von Möglichkeiten für Aufenthalt und Staatsbürgerschaft für alle MigrantInnen betreiben wird.

Vorgelegt von: National Union of Public and General Employees (NUPGE), Kanada

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRÄGE ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 10

Änderungsantrag Nr. 35

Vor dem letzten Absatz einen neuen Absatz **einfügen**:

BESCHLIESST außerdem, dass PSI auf ihrem Website Materialien zur Verfügung stellt, die Mitgliedsorganisationen abrufen können, um ihre Mitglieder zu informieren, insbesondere jene, die sich spezifisch in Gemeinschaften von MigrantInnen engagieren; es geht hierbei um ortsspezifische Ressourcen, die Familien und Gemeinschaften beim Widerstand gegen aggressive oder illegale Immigrationsgesetze oder Durchführungsbestimmungen und -taktiken unterstützen können; und

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Änderungsantrag Nr. 34

Änderung des Wortlauts wie folgt:

Im Titel und ebenso im allerletzten Satz der Entschließung soll das Wort **MigrantInnen** durch **Flüchtlinge** ersetzt werden.

Vorgelegt vom Nordischen Wahlkreis

Der Antragsteller ist gegen diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag nicht zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 11: Gewerkschaftliche LGBTQI-Politik mit anderen globalen Gewerkschaftsverbänden

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017,

ANERKENNT, dass

- PSI zusammen der Bildungsinternationale (BI) aktiv die LGBTQI-Rechte gefördert hat und traditionell ihre Mitglieder ermutigt, gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder geschlechtlicher Identität anzukämpfen, und sie auffordert, diese Frage aufzuarbeiten;
- ILGA1 vor Kurzem seinen Jahresbericht veröffentlicht hat, dem zu entnehmen ist, dass 2016 in 75 Ländern gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisiert waren, wobei in 13 Ländern die Todesstrafe als Ahndung vorgesehen ist;
- dass es in vielen Ländern ungenügende oder unzulängliche Gesetze zur Anerkennung für Transsexuelle und Menschen mit Intersexstatus gibt, obwohl keine genauen Zahlen veröffentlicht werden;
- dass es selbst in Ländern, in denen es Antidiskriminierungsgesetze und Politiken gibt, die LGBTQI-Personen schützen, regelmäßig Fälle von sozialem Ausschluss, Schikanen und Belästigungen, unfaire Entlassungen und andere LGBTQI-phobe Zwischenfälle gibt;
- dass noch immer der Grundsatz gilt, dass Gewerkschaften zum Schutz vor Diskriminierung von Menschen am Arbeitsmarkt oder am Arbeitsplatz eine Rolle zu spielen haben; und

BESCHLIESST,

- in Zusammenarbeit mit der Bildungsinternationale die anderen globalen Gewerkschaftsverbände (GUF) aufzufordern, den Kampf gegen Diskriminierung von LGBTQI-Personen in ihrer Politik festzuschreiben; und
- die Schaffung einer gemeinsamen internationalen Arbeitsgruppe (zusammengesetzt aus den globalen Gewerkschaftsverbänden) anzustreben, in der aktive Gewerkschaftsmitglieder, die sich mit der Verteidigung der Rechte der LGBTQI-Personen befassen, neue Ideen für Aktionen und Tätigkeiten einbringen und die GUF-MitarbeiterInnen unterstützen, die mit der Umsetzung dieser Politik betraut sind; die Erfahrungen des EI-PSI-LGBT-Forums können dazu einen sinnvollen Beitrag leisten.

Vorgelegt von: Federatie Nederlandse Vakbeweging (FNV), Niederlande

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 12: Beschäftigung für die indigene Bevölkerung im öffentlichen Sektor (zurückgezogen)

Vorgelegt von: New Zealand Public Service Association (Te Pūkenga Here Tikanga Mahi - NZPSA), Neuseeland

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Zusammengesetzte Entschließung Nr. 13: Unterstützung internationaler BeamtInnen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 13, Nr. 14 und Nr. 15)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass globale Regierungsführung ohne internationale BeamtInnen nicht möglich ist. In ihrer Arbeit für die Förderung der Menschenrechte, Überwindung des demokratischen Defizits und Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung, um nur einige Ziele zu nennen, sind sie einzigartig und unersetzlich. Und doch wurden sie häufig bedroht, angegriffen, Krankheiten ausgesetzt oder haben ihr Leben verloren, während sie im Zuge der Erfüllung ihrer Pflichten an den gefährlichsten Orten der Welt eingesetzt wurden;

STELLT FERNER FEST, dass internationale BeamtInnen im Hinblick auf die ihre Karriere beeinflussenden Beschäftigungsbedingungen, darunter die Wahl des Arbeitseinsatzes, Mobilität, Sicherheit für die Familie sowie Reisen und Sicherheit, teilweise die gleichen Probleme haben wie alle anderen Beschäftigten öffentlicher Dienste auf der ganzen Welt. Darüber hinaus sind sie nicht durch internationale Menschenrechtsabkommen und IAO-Übereinkommen geschützt. Häufig mangelt es ihnen am Zugang zu Kollektivverhandlungen und sie sehen sich zunehmenden Defiziten beim Zugang zu Rechtsbehelfen und sonstigen Möglichkeiten des Rechtsschutzes gegenüber;

MERKT AN, dass zu den kritischsten Problemen internationaler BeamtInnen Folgendes zählt:

1. Beschäftigte am Sitz der UNO in New York stehen nun in der „Hauptschusslinie" von Reformen und Umstrukturierungen der UNO, mit denen auf Anordnungen der UN-Hauptversammlung und Kürzungen im UN-Haushalt reagiert wird. Beschäftigte am UN-Hauptsitz werden aufgefordert, mehr Arbeit bei weniger Geld zu leisten und sind dabei zunehmenden Ungewissheiten hinsichtlich ihres vertraglichen Status, ihrer Sozialleistungen und eines möglichen Verlusts ihres Arbeitsplatzes im Zusammenhang mit der Auslagerung von Aufgabenbereichen ausgesetzt;

2. die einseitige Entscheidung der UN-Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst *(International Civil Service Commission - ICSC)*, die Gehälter für am UN-Sitz in Genf stationiertes Personal um 7,5% zu kürzen – dies entspricht einer Senkung um ein Monatsgehalt in einem Jahr. Diese Entscheidung entspricht nicht der makroökonomischen Realität und wird Genf für das in die Strategie- und Entscheidungsfindungsprozesse eingebundene Personal zu einem weniger attraktiven Dienstort machen und zudem Profil und Bedeutung der UNO schmälern;

3. dass die berufliche und rechtliche Situation der MitarbeiterInnen von EULEX und anderen EU-Missionen, zu denen über 5.000 entsandte Personen zählen, bei weitem nicht ideal ist. Die Verträge sind immer kurzfristige, unmittelbar nacheinander geschlossene (Back-to-Back) Verträge (maximal ein Jahr), und dies kann manchmal über eine Zeit von bis zu 20 Jahren oder mehr so laufen. Abgesehen von einer privaten Krankenversicherung gibt es keine Sozialversicherungsdeckung: keine Pensionsansprüche, kein Arbeitslosengeld.

Das Schlimmste jedoch ist, dass es in Streitfällen nahezu unmöglich ist, eine Entscheidung des Arbeitgebers anzufechten: die MitarbeiterInnen wissen nicht, wer als Arbeitgeber verantwortlich, welcher Gerichtshof zuständig oder welches Recht anwendbar ist.

Bei EU-Missionen beispielweise sind es der Chef der Mission (der die Verträge im eigenem Namen ausstellt), die Mission (die das Personal einstellt), der Rat der EU (der die Mission schuf), der Europäische Auswärtige Dienst (der über den zivilen Operationskommandeur die Mission führt), die Europäische Kommission (die die Mission finanziert), die alle behaupten, keine Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Mission zu tragen. Sie lehnen auch immer wieder die von den MitarbeiterInnen gemäß Vertrag oder gemäß den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts gemachten Vorschläge betreffend die Zuständigkeit eines Gerichtshofs oder des anzuwendenden Rechts ab.

Eine weitere Folge ist, dass dem lokalen Personal der Zugang zu einem Gericht verwehrt wird, weil die Verträge keinerlei Rechtsschutzverfahren vorsehen; die Missionen genießen Immunität und können in dem Land selbst nicht belangt werden, und der Europäische Gerichtshof oder die Gerichte EU-Mitgliedsstaaten sind für das lokale Personal unerreichbar.

Obgleich eine große Anzahl von TeilnehmerInnen an der EULEX- und anderen Missionen Mitglieder der *Union Syndicale* ist, hat sich die EU immer geweigert haben, die *Union Syndicale* anzuerkennen und mit ihr über Arbeitsbedingungen zu diskutieren.

4. die besorgniserregende Verschlechterung der Verwaltungspraktiken in vielen internationalen Organisationen, die zu grob willkürlichen Entscheidungen gegen PersonalvertreterInnen und/oder GewerkschaftsfunktionärInnen führten – seit 2014 wurden mindestens vier GewerkschafterInnen vom Europäischen Patentamt (EPO) und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) entlassen, weil sie Rechtsverletzungen gemeldet hatten. Obgleich dies eine eindeutig gewerkschaftsfeindliche und diskriminierende Praxis ist, gelten die IAO-Übereinkommen 87 und 98 nicht für internationale BeamtInnen. Darüber hinaus fehlen dem für interne

Streitigkeiten in etwa 60 UN-Agenturen und anderen internationalen Organisationen der öffentlichen Dienste zuständigen Gremium – dem ILO Administrative Tribunal (ILO-AT) – wesentliche Mittel und Instrumente für einen entsprechenden Rechtsschutz, denn es ist personell unterbesetzt, so dass ein erheblicher Rückstau an Fällen entsteht. Darüber hinaus ist kein Beschwerdeverfahren vorgesehen.

DER KONGRESS

BEDAUERT die negativen Konsequenzen dieser schlechten Arbeitsbedingungen und der Verweigerung grundsätzlicher Menschen- und Arbeitnehmerrechte für internationale BeamtInnen;

VERURTEILT, dass diese Mängel und das Missmanagement in den UN-Gremien, der EU und anderen internationalen Organisationen nachteilige Auswirkungen auf die Arbeit der UNO und ihre Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Zielsetzungen und Mandate haben und in der Folge bei den BürgerInnen weltweit sowie den Mitgliedstaaten Misstrauen entstehen lassen;

BESCHLIESST, sich mit den Beschäftigten der UNO in New York, Genf und weltweit sowie den Beschäftigten von EULEX und anderen EU-Missionen und -Gremien sowie sonstigen internationalen und regionalen zwischenstaatlichen Organisationen, ebenso wie mit ihren BeraterInnen, PraktikantInnen und Freiwilligen und all den Menschen solidarisch zu erklären, die an gefährlichen Schauplätzen von Krieg, friedenserhaltenden Einsätzen, Naturkatastrophen, Epidemien oder Einsätzen für die Rechtsstaatlichkeit dienen und häufig auch ihr Leben riskieren;

RUFT die Mitgliedstaaten **AUF**, an den UN-Generalsekretär zu appellieren,

1. um sicherzustellen, dass Personalgewerkschaften rechtzeitig vor der Umsetzung von Reform- und Umstrukturierungsvorhaben mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Wohlfahrt der Beschäftigten konsultiert werden, insbesondere am Sekretariat in New York;
2. den etablierten Personalmanagementprozess für die Aushandlung von Vereinbarungen über die Beschäftigungsbedingungen einzuhalten;
3. die 7,5%-ige Gehaltskürzung für das UN-Personal in Genf rückgängig zu machen und eine transparente Bewertung unter Beteiligung von VertreterInnen der UN-Beschäftigten durchzuführen;

RUFT die EU **AUF**, den Schutz der Beschäftigten von EULEX- sowie anderen EU-Missionen und -Gremien wesentlich zu verbessern, insbesondere indem sie:

1. ihre Institutionen und ihre Mitgliedsstaaten auffordert, zu gewährleisten, dass dem lokalen und dem internationalen Personal Beschäftigungsbedingungen und ein rechtlicher Rahmen geboten werden, die den Werten und Grundsätzen der EU entsprechen und grundlegende Menschenrechtsabkommen einhalten;
2. kostenlosen, raschen Zugang zu wirksamen Justizmechanismen und Möglichkeiten des Rechtsschutzes zur Lösung von arbeitsrechtlichen und anderen Angelegenheiten gewährleisten;
3. die *Union Syndicale* als repräsentativste Organisation für den Schutz der Interessen der EU-Beschäftigten anerkennen;

APPELLIERT an die IAO, den Schutz der internationalen BeamtInnen, und vor allem der GewerkschaftsvertreterInnen und der Whistleblower, mit Hilfe nachstehender, der Stärkung der ILO-AT-Mechanismen dienender Maßnahmen dringend und wesentlich zu verbessern:

1. ILO-AT müssen ausreichende Mittel und MitarbeiterInnen zur Verfügung gestellt werden, damit das Organ seiner großen Arbeitslast gerecht werden kann;
2. Überarbeitung der Verfahrensregeln der ILO-AT dahingehend, dass (i) ein Beschwerdeverfahren vorgesehen wird, (ii) zugelassen wird, dass Entscheidungen mit schwerwiegenden Folgen für den Einzelnen, beispielsweise Entlassungen, mit Hilfe vorläufiger Verfügungen rasch überprüft und ausgesetzt werden können, (iii) die Anwendung grundlegender Menschenrechte, IAO-Übereinkommen und maßgeblicher UN-Verträge, insbesondere der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte *(International Covenant on Civil and Political Rights - CCPR)* und das UN-Übereinkommen gegen Korruption, im Rahmen der ILO-AT-Verfahren gewährleistet und durchgesetzt werden;

RUFT die Mitgliedsgewerkschaften auf, sich mit den ständigen Vertretungen ihrer Länder bei der UN in New York und der UN-Vertretung in Genf sowie ihren Botschaften bei der EU in Verbindung zu setzen und sie über die Solidaritätserklärung der PSI für die Rechte internationaler BeamtInnen zu informieren.

Vorgelegt von: American Federation of Government Employees (AFGE); American Federation of Teachers (AFT); Service Employees International Union (SEIU) - USA; Association of Canadian Financial Officers (ACFO); National Union of Public and General Employees (NUPGE) - Kanada; Svenska Kommunalarbetareförbundet (Kommunal), Schweden

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 13

Änderungsantrag Nr. 36

1. Den zweiten Satz des zweiten Abschnitts **löschen**:
   ~~**Darüber hinaus sind sie nicht durch internationale Menschenrechtsabkommen und IAO-Übereinkommen geschützt. Häufig mangelt es ihnen am Zugang zu Kollektivverhandlungen und sie sehen sich zunehmenden Defiziten beim Zugang zu Rechtsbehelfen und sonstigen Möglichkeiten des Rechtsschutzes gegenüber;**~~

   ...und durch folgenden Text **ersetzen**:
   Darüber hinaus existiert keines der grundlegenden Prinzipien, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, und in den IAO-Konventionen 87, 98, 151, 154 verankert sind, auf globaler Ebene innerhalb der internationalen Organisationen der UNO oder der europäischen Organisationen;

2. Nach dem zweiten Absatz einen neuen Absatz wie folgt **einfügen**:
   NIMMT die Entschließung zur Schaffung eines formalen Kollektivverhandlungsprozesses in der UNO ZUR KENNTNIS, angenommen vom CCISUA *(UN Coordinating Committee for International Staff Unions and Associations)* anlässlich seiner Generalversammlung, in seiner 32. Session, am 8. Juni 2017;

3. Den zweiten Unterabschnitt des existierenden dritten Absatzes, der mit **MERKT AN** beginnt, **löschen**:
   ~~**die einseitige Entscheidung der UN-Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst *(International Civil Service Commission - ICSC)*, die Gehälter für am UN-Sitz in Genf stationiertes Personal um 7,5% zu kürzen – dies entspricht einer Senkung um ein Monatsgehalt in einem Jahr. Diese Entscheidung entspricht nicht der makroökonomischen Realität und wird Genf für das in die Strategie- und Entscheidungsfindungsprozesse eingebundene Personal zu einem weniger attraktiven Dienstort machen und zudem Profil und Bedeutung der UNO schmälern;**~~

   ...und durch folgenden Text **ersetzen**:
   Das Fehlen eines echten Kollektivverhandlungsverfahrens innerhalb des gesamten UN-Systems, das mehrere negative Konsequenzen nach sich zieht: im Bereich Arbeitsbedingungen und Beschäftigung von Feldpersonal und Personal des Hauptsitzes, insbesondere – aber nicht ausschließlich – dazu Entgeltverringerungen, Erosion der Arbeitsbedingungen und Versuche, die Vereinigungsfreiheit zu begrenzen;

4. Folgenden Unterabsatz, der mit „Bei EU-Missionen...“ beginnt, **löschen**:
   ~~**Bei EU-Missionen beispielweise sind es der Chef der Mission (der die Verträge im eigenem Namen ausstellt), die Mission (die das Personal einstellt), der Rat der EU (der die Mission schuf), der Europäische Auswärtige Dienst (der über den zivilen Operationskommandeur die Mission führt), die Europäische Kommission (die die Mission finanziert), die alle behaupten, keine Verantwortung für die Arbeitsbedingungen der Mission zu tragen. Sie lehnen auch immer wieder die von den MitarbeiterInnen gemäß Vertrag oder gemäß den allgemeinen Grundsätzen des**~~

~~**internationalen Rechts gemachten Vorschläge betreffend die Zuständigkeit eines Gerichtshofs oder des anzuwendenden Rechts ab.**~~

5. Den zweiten Satz des existierenden Unterabschnitts 4 wie folgt **streichen**:

4. die besorgniserregende Verschlechterung der Verwaltungspraktiken in vielen internationalen Organisationen, die zu grob willkürlichen Entscheidungen gegen PersonalvertreterInnen und/oder GewerkschaftsfunktionärInnen führten – seit 2014 wurden mindestens vier GewerkschafterInnen vom Europäischen Patentamt (EPO) und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) entlassen, weil sie Rechtsverletzungen gemeldet hatten. ~~**Obgleich dies eine eindeutig gewerkschaftsfeindliche und diskriminierende Praxis ist, gelten die IAO-Übereinkommen 87 und 98 nicht für internationale BeamtInnen.**~~ Darüber hinaus fehlen dem für interne Streitigkeiten in etwa 60 UN-Agenturen und anderen internationalen Organisationen der öffentlichen Dienste zuständigen Gremium – dem ILO Administrative Tribunal (ILO-AT) – wesentliche Mittel und Instrumente für einen entsprechenden Rechtsschutz, denn es ist personell unterbesetzt, so dass ein erheblicher Rückstau an Fällen entsteht. Darüber hinaus ist kein Beschwerdeverfahren vorgesehen.

6. Den Abschnitt **DER KONGRESS**, der mit "RUFT die Mitgliedstaaten AUF…" beginnt, wie folgt **ändern**:

~~**RUFT die Mitgliedstaaten auf,**~~ **FORDERT** den UN-Generalsekretär **DRINGEND AUF**, ~~**zu appellieren**~~, **Diskussionen einzuleiten mit den UN-Föderationen CCISUA und FICSA sowie anderen UN-Personalgewerkschaften und -vereinigungen, um die effektive Anerkennung und Durchführung von formalen Kollektivverhandlungen durchzusetzen, die folgende Ziele anstreben sollen:**

~~**1. um sicherzustellen, dass Personalgewerkschaften rechtzeitig vor der Umsetzung von Reform- und Umstrukturierungsvorhaben mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Wohlfahrt der Beschäftigten konsultiert werden, insbesondere am Sekretariat in New York;**~~

1. Achtung der grundlegenden Menschen- und Gewerkschaftsrechte innerhalb der UNO und all ihrer Sonderorganisationen;

~~**2. den etablierten Personalmanagementprozess für die Aushandlung von Vereinbarungen über die Beschäftigungsbedingungen einzuhalten;**~~

2. Achtung und Förderung der Werte des internationalen öffentlichen Dienstes, insbesondere seine Unabhängigkeit, in Bezug auf Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen – einschließlich Arbeitsschutz -, Beschäftigungssicherheit, und Karriereentwicklung;

~~**3. die 7,5%-ige Gehaltskürzung für das UN-Personal in Genf rückgängig zu machen und eine transparente Bewertung unter Beteiligung von VertreterInnen der UN-Beschäftigten durchzuführen;**~~

3. **Schaffung eines effektiven Mechanismus für sozialen Dialog, auf der Basis der Prinzipien der Gerechtigkeit, der Transparenz und des guten Glaubens.**

Vorgelegt von: Staff Union of the International Labour Organisation, Schweiz

Der Antragsteller unterstützt diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 14: Verbesserung des Schutzes der internationalen Beamten (zurückgezogen)

Vorgelegt von: Union Syndicale Fédérale (USF), Belgien

Zurückgezogen zugunsten der Zusammensetzung mit den Entschließungen Nr. 13 und 15.

Entschließungsantrag Nr. 15: Beschäftigungsbedingungen und Rechtsschutz für Personal bei GSVP-Missionen (zurückgezogen)

Vorgelegt von: Union Syndicale Fédérale (USF), Belgien

Zurückgezogen zugunsten der Zusammensetzung mit den Entschließungen Nr. 13 und 14.

Entschließungsantrag Nr. 16: Prekäre Arbeit

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017,

In Anbetracht dessen,

- dass prekäre Arbeit durch Unsicherheit der Beschäftigung, unregelmäßige Arbeitszeiten, niedrigen Lohn und geringen Zugang zu Vorsorgeleistungen gekennzeichnet ist;
- dass in der ganzen Welt prekäre Arbeit im Anstieg begriffen ist und Festanstellungen durch unsichere Arbeit, die keine Zukunft bietet, ersetzt werden;
- dass ArbeitnehmerInnen, die prekäre Arbeit leisten, überall in der Gesellschaft zu finden sind: Frauen, Personen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund, Einwanderer, Indigene, Personen mit Behinderungen, ältere Erwachsene und junge Menschen sind dabei unverhältnismäßig stark repräsentiert; und
- dass prekäre Arbeit ein Hauptgrund für das Einkommensgefälle ist, was negative Auswirkungen auf alle Aspekte der Gesellschaft hat;

BESCHLIESST, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) weiterhin Kampagnen für gute Jobs und ein Existenzminimum unterstützen und an ihnen teilnehmen wird;

BESCHLIESST weiterhin, dass PSI mit Mitgliedsgewerkschaften zusammen Verhandlungsstrategien erarbeiten soll, um das Maß an prekärer Arbeit zu senken und allen ArbeitnehmerInnen Schutz zu bieten; und

BESCHLIESST schließlich, dass PSI die Mitgliedsgewerkschaften bei Lobbytätigkeiten ihren Regierungen gegenüber fördern und unterstützen soll, um eine Reform der Kollektivverhandlungen und der Gesetze über die Beschäftigungsnormen zu erwirken, damit ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungssituationen in den Genuss der gleichen Rechte und Schutzvorkehrungen kommen wie Vollzeitbeschäftigte.

Vorgelegt von: National Union of Public and General Employees (NUPGE), Kanada

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 17: Grundlegende Arbeitnehmerrechte für japanische Beamte und Beamtinnen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 17 und Nr. 19)

(Originalversion Japanisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017,

STELLT FEST, dass BeamtInnen in Japan trotz der zehn Empfehlungen, die in der Vergangenheit vom IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit gemacht wurden, weiterhin keine grundlegenden Arbeitnehmerrechte genießen, vor allem Feuerwehrleuten wird nach wie vor kein Vereinigungsrecht zugestanden;

STELLT FEST, dass der IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der südkoreanischen Regierung drei Mal empfohlen hat, den Feuerwehrleuten das Vereinigungsrecht zu garantieren;

BESCHLIESST, die japanische und die südkoreanische Regierung aufzufordern, so rasch wie möglich die Empfehlungen der IAO ernsthaft anzunehmen und den japanischen BeamtInnen die grundlegenden Arbeitnehmerrechte und den japanischen und koreanischen Feuerwehrleuten zumindest das Recht auf Vereinigungsfreiheit zuzugestehen und die notwendigen Folgemaßnahmen zu treffen.

Vorgelegt vom Rat der japanischen Mitgliedsorganisationen: All-Japan Prefectural and Municipal Workers Union (JICHIRO), Japan Public Sector Union, All Japan Water Supply Works Union, Japan Health Care Workers' Union, National Council of Japanese Firefighters and Ambulance Workers, Japan, und der Fire Fighter Development Conference (FFDC), Südkorea.

Der Vorstand der PSI empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 18: Die Nutzung von Urkunden der IAO zur Stärkung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3 November 2017,

STELLT FEST, dass unter Verweis auf sogenannte Reformen, die in vielen Ländern in der ganzen Welt im öffentlichen Sektor zugunsten des privaten Sektors und zum Nachteil des Sektors der öffentlichen Dienste durchgeführt werden, ein Trend zu einem Rückgang der Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften festzustellen ist. Der Kongress stellt fest, dass diese Vorgänge potentielle Gefahren für ArbeitnehmerInnen in sich tragen, deren einzige verbleibende Möglichkeit, ihre Rechte zu schützen, in vielen Fällen über ihre Gewerkschaft läuft;

UNTERSTREICHT, dass der Rückgang der Mitgliederzahlen bei den Gewerkschaften die Stärke und die Möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung beeinträchtigt, auf Entscheidungen bezüglich grundlegender sozialer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und anderer Rechte und Interessen der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien - ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht - Einfluss zu nehmen. Dies ist eine Gefahr für die Demokratie und die Chancen für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung der Gesellschaft;

UNTERSTÜTZT die Bemühungen von Gewerkschaften, ihre Mitgliederbasis zu stärken und fordert sie auf, zu diesem Zweck die von der Internationalen Arbeitsorganisation entwickelten Möglichkeiten und Instrumente zu nutzen, vor allem die IAO-Empfehlung 91 betreffend die Gesamtarbeitsverträge, Teil III, Punkt 4, der besagt, „.Die Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrags sollten auf alle Teilnehmer der beteiligten Gruppen, die in den unter den Gesamtarbeitsvertrag fallenden Betrieben beschäftigt sind, Anwendung finden, sofern der Gesamtarbeitsvertrag nicht ausdrücklich das Gegenteil vorsieht.“;

GLAUBT, dass es für ArbeitnehmerInnen eine große Ermutigung zum Beitritt zu Gewerkschaften wäre, wenn man diesen Bestimmungen einer international angenommenen Urkunde größeres Gewicht gäbe;

WEIST den PSI-Vorstand **AN** zu prüfen, ob für die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste die Möglichkeit besteht, diese Bestimmung der IAO-Empfehlung 91 über Gesamtarbeitsverträge anzuwenden, um ihre Positionen und Rechte beim Abschluss von Kollektivverträgen auf allen Ebenen zu stärken, und die Bestimmungen dieser Kollektivverträge nur für ArbeitnehmerInnen anzuwenden, die Mitglieder der Gewerkschaften sind;

APPELLIERT an PSI, eine Zusammenfassung der Erfahrungen mit der Anwendung von IAO-Empfehlung 91 über Gesamtarbeitsverträge Teil III, Punkt 4 zusammenzustellen, um die Mitgliedschaft der Gewerkschaften zu stärken, die PSI-Mitgliedsorganisationen darüber zu informieren, und die Aufmerksamkeit anderer globaler Gewerkschaftsverbände auf diese Bestimmung der IAO-Empfehlung 91 über Gesamtarbeitsverträge zu lenken.

Vorgelegt von: Mitgliedern des Wahlkreises Russland und Zentralasien

Der PSI-Vorstand spricht zu diesem Entschließungsantrag keine Empfehlung aus.

Entschließungsantrag Nr. 19: Gewerkschaftsrechte für Feuerwehrleute in Südkorea (zurückgezogen)

Vorgelegt von: Fire Fighting Development Conference (FFDC), Südkorea

Zurückgezogen zugunsten der zusammengesetzten Entschließung Nr. 17

Entschließungsantrag Nr. 20: Kollektivverhandlungen bei PLN Indonesien

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) versammelt in Genf vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017,

VERMERKT die ständigen Herausforderungen, vor denen SP-PPLN (Serikat Pekerja Perjuangan PLN) in Indonesien im Hinblick auf ihr Vereinigungsrecht und ihr Recht auf Kollektivverhandlungen steht;

IST BESORGT, dass das Management von PLN sich weigert, mit der rechtlich anerkannten Arbeitnehmerorganisation Kollektivverhandlungen durchzuführen;

VERMERKT, dass dieses Vorgehen gegen SP-PPLN seitens des Managements eine klare Reaktion auf die aktive Kampagne der Gewerkschaft gegen die Privatisierung ist, die in den letzten 18 Jahren immer wieder von Erfolg gekrönt war;

VERURTEILT das wiederholte gewerkschaftsfeindliche Vorgehen des PLN-Managements gegen SP-PPLN, um das unabhängige Funktionieren der Gewerkschaft einzuschränken, und Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen sowie die Durchführung normaler Gewerkschaftstätigkeiten zu beschneiden;

IST BESORGT, dass die ständigen Rechtsstreitigkeiten, die sicherstellen sollen, dass die Mitglieder der SP-PPLN ihr volles Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen ausüben können, die bereits geringen Mittel der SP-PPLN weiter strapazieren und die Quelle der Gewerkschaftsbeiträge noch spärlicher fließen lassen;

APPELLIERT an die Regierung von Indonesien, die die IAO-Übereinkommen 87 und 98 ratifiziert hat, sich an ihre Verpflichtung zu halten, den ArbeitnehmerInnen das volle Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen zuzugestehen;

FORDERT die sofortige Beendigung der Schikanen und aller Formen gewerkschaftsfeindlichen Vorgehens gegen Amtsträger und Mitglieder der SPP-PLN; und

BITTET PSI und ihre Mitglieder, dieses Problem bei der Internationalen Arbeitsorganisation anzusprechen, um Abhilfe zu schaffen und der Gewerkschaft aktives Arbeiten in einem freien und wohlwollenden Umfeld zu gestatten.

Vorgelegt von: Serikat Perkerja Perjuangan (SPP-PLN), Indonesien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 21: Anerkennung der Unabhängigen Gewerkschaft Öffentlich Bediensteter Kambodschas (CICA)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST und begrüßt, dass die *Cambodia's Independent Civil Servants Union* (CICA) mit örtlichen Netzwerken zusammenarbeitet und sich als kollektive Stimme in Kambodscha besonders für die öffentlich Bediensteten an der Basis einsetzt, um deren Lebensqualität zu verbessern, Menschen- und Gewerkschaftsrechten Geltung zu verschaffen und für die Freiheit einzustehen;

STELLT MIT BESORGNIS FEST, dass CICA von der kambodschanischen Regierung diskriminiert wird, da sie als Gewerkschaft nicht offiziell am Arbeitsplatz anerkannt ist. Mitglieder und FunktionärInnen der Gewerkschaft werden in ihrer Arbeit durch zivilrechtliche Bestimmungen eingeschränkt. Das neue Gewerkschaftsrecht verbietet es öffentlich Bediensteten, Lehrkräften und anderen Berufsgruppen, Gewerkschaften zu gründen. Auch die Anforderungen an die Registrierung und die Finanzberichterstattung sind zu strikt und entsprechen nicht internationalen Standards;

FORDERT PSI und ihre Mitglieder nachdrücklich auf, Druck auf die internationalen Organisationen auszuüben, damit die Restriktionen gegen die Gewerkschaften in Kambodscha globale Aufmerksamkeit erfahren; und

FORDERT die Regierung Kambodschas auf, anhand geeigneter gesetzlicher Bestimmungen auch öffentlich Bediensteten und Lehrkräften die Möglichkeit zur Gründung von Gewerkschaften zu eröffnen und offiziell deren Recht anzuerkennen, sich gewerkschaftlich zu betätigen und ArbeitnehmerInnen zu vertreten.

Vorgelegt von: Cambodia's Independent Civil Servants Association (CICA), Kambodscha

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 22: Unterstützung für Beschäftigte mit psychischen Traumata

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass traumatische Erfahrungen am Arbeitsplatz weitreichende und dauerhafte Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Beschäftigten haben können;

STELLT FEST, dass NotfallhelferInnen, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Personal im Strafvollzug und Angehörige anderer Berufe regelmäßig traumatisierende Ereignisse erleben;

STELLT FEST, dass es manchmal schwierig sein kann, die Symptome und die Diagnose mit bestimmtem Vorkommnissen am Arbeitsplatz in Verbindung zu bringen;

STELLT FEST, dass posttraumatische Belastungsstörungen und andere psychische Traumata langfristige Auswirkungen wie Drogen- und Alkoholabhängigkeit, chronische Schmerzen, Bluthochdruck oder körperliche Erkrankungen, Selbstverletzungen, Todesangst, Zwangsverhalten, Persönlichkeitsveränderungen und selbstzerstörerisches Verhalten haben können;

STELLT FEST, dass posttraumatische Belastungsstörungen (PTBL) nach der Diagnose und bei verfügbaren geeigneten Hilfsangeboten behandelt werden können; und

BESCHLIESST deshalb, dass PSI sich gemeinsam mit ihren Mitgliedern bei den Regierungen dafür einsetzt, dass PTBL als arbeitsbedingte Krankheit anerkannt wird, und bei den Gesetzgebern auf allen Ebenen die Absicherung von NotfallhelferInnen, Beschäftigten im Gesundheitsdienst und Personal im Strafvollzug durchzusetzen, ohne dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der PTBL und einem Ereignis am Arbeitsplatz nachgewiesen werden muss.

Vorgelegt von: National Union of Public and General Employees (NUPGE), Kanada

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 23: Existenzsichernde Löhne

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass die Lima-Erklärung der 18. Amerikanischen IAO-Regionalkonferenz anerkennt, dass es in der Region erhebliche Ungleichheiten gibt, weshalb eine Mindestlohnpolitik unterstützt wird;

STELLT FEST, dass die *Guyana Public Service Union* (GPSU) seit Juni 2016 mit der Regierung von Guyana langwierige Verhandlungen über Löhne, Gehälter und Zulagen führt;

ANERKENNT den Vorschlag der GPSU, dass alle öffentlich Bediensteten bis 2018 einen existenzsichernden Lohn erhalten;

STELLT FEST, dass die Regierung eine Erhöhung am unteren Ende der Vergütungsstruktur von 10% und am oberen Ende von 1% in Aussicht stellt und erklärt, dass dies das endgültige Angebot sei;

STELLT FEST, dass die GPSU beim Arbeitsministerium schriftlich ein Schlichtungsverfahren beantragt hat;

ANERKENNT die Erklärung der Regierung, dass die Verhandlungen nicht in einer Sackgasse seien;

STELLT FEST, dass die GPSU die Regierung auffordert, die Verhandlungen wiederaufzunehmen;

STELLT FEST, dass es keinerlei Anzeichen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen gibt;

FORDERT von der Regierung die Umsetzung der IAO-Übereinkommen 98 und 151 und der rechtlich bindenden Kollektivvereinbarungen zur Vermeidung und Schlichtung von Streitigkeiten mit der GPSU und die Rückkehr an den Verhandlungstisch; und

BEAUFTRAGT die PSI-Generalsekretärin, die Regierung nachdrücklich zur Einhaltung der IAO-Übereinkommen und der Erklärung von Lima aufzufordern und sich mit der GPSU zu treffen, um den Prozess abzuschließen.

Vorgelegt von: Guyana Public Service Union (GPSU), Guyana

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 25: Verletzung von Gewerkschaftsrechten

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass die *Guyana Public Service Union* (GPSU) die Entschließung Nr. 20 (PSI-Kongress 2012) vorgelegt und der Generalsekretärin das Mandat erteilt hat, bei der IAO die weitere Prüfung und den Abschluss des Falls Nr. 2187 unter Berücksichtigung der Entwicklungen bis zum heutigen Zeitpunkt zu beantragen;

STELLT FEST, dass die Verletzungen und Missachtungen der Gewerkschaftsrechte durch die Regierung Guyanas weitergehen; dass die Regierung sich weigert, Verhandlungen über Löhne, Gehälter und Zulagen zu führen; dass sie über Lohnerhöhungen entscheidet, indem sie gegen die Verfassung und die Gesetze verstößt, indem sie das von der Verfassung vorgegebene *Public Service Appellate Tribunal* (Berufungsgericht für den öffentlichen Dienst) nicht benennt; dass sie sich außerdem weigert, verbindliche Vereinbarungen anzuerkennen;

STELLT FEST, dass die Prüfung durch den IAO-Ausschuss offenbar ausgesetzt wurde;

FORDERT den Kongress nachdrücklich auf, die Regierung an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach dem IAO-Übereinkommen 151, den Gesetzen Guyanas und den rechtsverbindlichen Kollektivvereinbarungen zu erinnern; und

ERTEILT der Generalsekretärin das Mandat, die IAO nachdrücklich dazu aufzufordern, den Fall 2187 zum Abschluss zu bringen.

Vorgelegt von: Guyana Public Service Union (GPSU), Guyana

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 26: Menschenwürdige Arbeit

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass die Kooperative Republik Guyana sich der Agenda für menschenwürdige Arbeit angeschlossen hat;

STELLT FEST, dass die Regierung aus diesem Grund die Arbeitnehmerrechte respektieren muss, wie sie in diversen Gesetzen und Übereinkommen festgelegt sind;

STELLT FEST, dass es ArbeitnehmerInnen gibt, die innerhalb des Schulsystems eine vertraglich festgelegte Tagesarbeitszeit von vier Stunden haben;

STELLT FEST, dass diese Beschäftigten die volle Arbeitszeit und darüber hinaus Überstunden leisten, indem sie acht Stunden und mehr arbeiten;

STELLT FEST, dass diese Beschäftigten für die geleistete Arbeitszeit nicht angemessen entlohnt werden und ihnen auch andere Leistungen wie Jahresurlaub, Sozialversicherung und Urlaubsgeld, wie sie anderen ArbeitnehmerInnen zustehen, vorenthalten werden;

STELLT FEST, dass das Kabinett nach Einspruch durch die GPSU im Jahre 2013 beschlossen hat, diese Beschäftigten nach den Mindestlohnvorschriften zu vergüten und ihnen nicht die im öffentlichen Dienst gezahlten Mindestlöhne zu gewähren, obwohl diese Arbeitskräfte dem öffentlichen Sektor und nicht der Privatwirtschaft zuzuordnen sind;

VERWEIST darauf, dass dieser Beschluss angenommen, aber nicht umgesetzt wurde;

STELLT FEST, dass dieser Zustand anhält, obwohl Einspruch dagegen erhoben wurde, und dass die Regierung sich weigert, diese Situation zu ändern;

FORDERT die PSI-Mitgliedsgewerkschaften nachdrücklich auf, diesen Zustand zu verurteilen und an die Regierung Guyanas zu appellieren, alle Gesetze und Übereinkommen zu achten, die zur Agenda für menschenwürdige Arbeit gehören;

ERTEILT der PSI-Generalsekretärin das Mandat, diesen Zustand zu verurteilen, und fordert die Regierung auf, die Agenda für menschenwürdige Arbeit umzusetzen;

ERTEILT der Generalsekretärin ebenfalls das Mandat, die Regierung von Guyana aufzufordern, diese ArbeitnehmerInnen als Vollzeitbeschäftigte anzuerkennen und ihnen die Leistungen zu gewähren, die Vollzeitbeschäftigten zustehen.

Vorgelegt von: Guyana Public Service Union

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 27: Solidarität

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass der versuchte Staatsstreich in der Türkei am 15. Juli 2016 am folgenden Tag niedergeschlagen wurde. Allerdings hat die Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter dem Vorwand der Putschgefahr für drei Monate den Ausnahmezustand verhängt und nach Ablauf dieser Zeit um weitere neun Monate verlängert. Die AKP-Regierung hat in dieser Zeit mehr oder weniger im rechtsfreien Raum gehandelt und Maßnahmen weitgehend außerhalb der Rechtsstaatlichkeit ergriffen. Im Rahmen dieser ungesetzlichen Praktiken werden gewählte Mitglieder des Parlaments, gewählte BürgermeisterInnen, kritische JournalistInnen, AnwältInnen und AkademikerInnen in Untersuchungshaft genommen, inhaftiert, eingeschüchtert und bedroht. Die Ausrufung des Notstandes hat die Türkei in eine Diktatur verwandelt, die durch Dekrete regiert wird, denn die Große Nationalversammlung der Türkei, die nach dem Willen des

Volkes eingesetzt wurde, ist entmachtet worden. Die mit den Dekreten erlassenen Erklärungen hatten insbesondere Folgen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. 110.971 Staatsbedienstete sind bis heute entlassen worden. Tausende Staatsbedienstete sind in Untersuchungshaft genommen worden und Hunderte kamen ins Gefängnis. Diese Zahlen dürften mit den neu erlassenen Dekreten weiter steigen. Die Rentenverfahren der Beschäftigten, die demnächst in den Ruhestand gehen dürften, werden so lange wie irgend möglich hinausgezögert und Abfindungen werden willkürlich einbehalten. Die Möglichkeiten für die Staatsbediensteten, eine neue Arbeit zu finden und ihre Existenz zu sichern, sind aufgrund des auf eventuelle Arbeitgeber ausgeübten Drucks begrenzt;

VERURTEILT, dass 1.539 Mitglieder der PSI-Mitgliedsgewerkschaften (SES, BES, Tüm Bel-Sen, ESM und Yapi Yol-Sen) entlassen und 73 Mitglieder festgenommen wurden, von denen sich 40 nach wie vor in Haft befinden. Unsere Mitglieder und unsere Gewerkschaftsführungen wurden durch die AKP-Regierung ohne Untersuchung und ohne jeden Gerichtsbeschluss entlassen. Diese Vorgehensweise missachtet Grundprinzipien wie das Recht auf Verteidigung, die Unschuldsvermutung und das Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung. Auf der anderen Seite greift die Regierung trotz angemessener Gewerkschaftsbestimmungen in die Rechte unserer entlassenen Mitglieder ein, das aktive oder passive Wahlrecht für gewerkschaftliche Ämter auszuüben. Aus amtlichem Verlautbarungen geht hervor, dass die Regierung unsere gewählten GewerkschaftsvertreterInnen in den Vorständen unserer Gewerkschaften unter Druck setzt.

Die Situation zeigt eindeutig das Ziel der Regierung, das Recht der PSI-Mitgliedsgewerkschaften auf gewerkschaftliche Organisierung in staatlichen Institutionen und in der zentralen Staatsverwaltung zu zerstören und dabei alle gesetzlichen Regelungen zu missachten. Die AKP-Regierung hat es eindeutig auf unsere Mitglieder und unsere Führungsstruktur abgesehen und missachtet dabei internationale Abkommen (die Allgemeine Europäische Erklärung der Menschenrechte, IAO-Übereinkommen, die Europäische Sozialcharta), die Verfassung der Republik Türkei, das Beamtengesetz Nr. 657 und das Beamtengewerkschaftsgesetz Nr. 4688. Die AKP-Regierung behindert die Arbeit unserer Gewerkschaft und verhindert die Wahrnehmung grundlegender Gewerkschaftsrechte. Die AKP-Regierung profitiert von dem Putschversuch und verkauft ihren Gegenschlag als „Kampf gegen den Staatsstreich". Dabei weitet sie ihre Maßnahmen fortlaufend aus, um alle Kritiker in öffentlichen Institutionen mundtot zu machen;

STELLT FEST, dass internationale Solidarität eine Voraussetzung für die Weiterführung unseres juristischen Kampfes und für die Unterstützung unserer Mitglieder und Führungsspitzen in gerichtlichen Auseinandersetzungen geworden ist, damit wir die den Mitgliedern fest zugesagten Zahlungen weiterhin leisten können und gegenüber der AKP-Regierung und deren Versuchen bestehen zu können, soziale Rechte abzuschaffen, die Sicherheit unserer Arbeitsplätze zu bedrohen und die Errungenschaften eines jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterklasse hinfällig werden zu lassen;

BEGRÜSST die von der PSI, dem EGÖD und der globalen Gewerkschaftsbewegung geleistete Unterstützung und die bereits durchgeführten Aktionen;

BESCHLIESST in diesem Zusammenhang,

1. die Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften per Brief, Fax und E-Mail an die AKP-Regierung fortzusetzen;
2. in Solidarität mit KESK und den angeschlossenen Gewerkschaften Protestaktionen gegen die AKP-Regierung zu unterstützen;
3. ihre Mitgliedsgewerkschaften dringend aufzufordern, die Solidarität mit den zu Opfern gewordenen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsführungen auch durch finanzielle Unterstützung zum Ausdruck zu bringen.

Vorgelegt von: Trade Union of Public Administration Employees (BES), Türkei

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 28: Bedrohte GewerkschaftsführerInnen der brasilianischen Justiz

(Originalversion Spanisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

BESORGT über die Drohungen gegen GewerkschaftsführerInnen, die im Rahmen der legitimen Wahrnehmung der Interessen brasilianischer Justizangestellter ihrer gewerkschaftlichen Arbeit nachgehen (z. B. gegen die FENAJUD-Mitgliedsgewerkschaft *Sindicato dos Servidores da Justiça de Primeira Instância de Minas Gerais* - SERJUSMIG);

VERURTEILT die Haltung des staatlichen Gerichtshofes des Bundesstaates Minas Gerais (TJMG) gegenüber SERJUSMIG sowie die Entscheidung, einzelne Führungspersonen gerichtlich zu belangen und auf diese Weise zu versuchen, ihr gesetzliches Recht auf die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und der Informationsfreiheit in Frage zu stellen;

FORDERT die Genehmigung eines **Antrags,** gegen die Bedrohung der Führungsspitze von SERJUSMIG und anderer Gewerkschaften vorzugehen, die Justizangestellte in Brasilien vertreten und FENAJUD angehören; und

KONTAKTIERT die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und andere relevante internationale Organisationen, um auf die Übergriffe staatlicher VertreterInnen der Föderativen Republik Brasilien gegenüber den VertreterInnen dieser Beschäftigten hinzuweisen.

Vorgelegt von: Federação Nacional Dos Servidores Do Judiciário Nos Estados (FENAJUD), Brasilien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 29: Protest gegen Nichtdurchführung der Vergütungsüberprüfung von Justizangestellten in Brasilien

(Originalversion Spanisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

VERURTEILT die Nichtdurchführung der allgemeinen Überprüfung der Vergütung von öffentlich Bediensteten, die von den Bundesstaaten der Föderativen Republik Brasilien beschäftigt werden, wie sie in Artikel 37, Punkt X der Bundesverfassung von 1988 vorgesehen ist, denn hierdurch wird die Qualität öffentlicher Dienste untergraben und beeinträchtigt;

STELLT FEST, dass es sich hierbei um eine Verletzung der Verfassung durch die Gerichtshöfe der Bundesstaaten der Föderativen Republik Brasilien handelt;

VERURTEILT diese Verletzung der Verfassung; und

BESCHLIESST die Kontaktaufnahme mit nationalen und internationalen Organisationen, um diese Entschließung zu verbreiten.

Vorgelegt von: Federação Nacional Dos Servidores Do Judiciário Nos Estados (FENAJUD), Brasilien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 30: Globale Aktionen zur sozialen Absicherung

(Originalversion in brasilianischem Portugiesisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

ERWÄGT, dass soziale Absicherung zu den wichtigsten Punkten auf der globalen Tagesordnung gehört und dass neoliberale Regierungen Maßnahmen zur Umstrukturierung und Privatisierung der öffentlichen Systeme für soziale Absicherung getroffen haben. Dabei bedienen sie sich einer von Finanzspekulation geprägten Politik, die ArbeitnehmerInnen zu SklavInnen des hegemonischen kapitalistischen Systems macht und die sozialpolitischen Probleme verschärft, die die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft ziehen und Rechte verletzen, die nach harten Kämpfen mit der Unterstützung der Gewerkschaften durchgesetzt wurden;

BETRACHTET die soziale Absicherung als ein wichtiges Mittel zur Wahrung einer würdigen Existenz im Falle von Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Tod, indem sie die Weiterzahlung des Einkommens garantiert und ihre Aufgabe als Förderer der sozialen Inklusion wahrnimmt, die soziale Ungleichheiten verringert und die systematische Verarmung der Menschen verhindert;

STELLT FEST, dass der Kampf der Gewerkschaften die Durchsetzung einer öffentlichen Politik fördern kann, die ArbeitnehmerInnen schützt und unterstützt, und dass nur ein gemeinsames Vorgehen den weiteren Siegeszug des Kapitalismus und die Unterwerfung der ArbeitnehmerInnen unter die Macht des Kapitalismus verhindern kann.

Aus diesem Grund und in diesem Kontext,

VERURTEILT der Kongress eine neoliberale Politik, die für den praktischen Bankrott der öffentlichen Systeme für soziale Absicherung verantwortlich war und ist; zurückzuführen auf den massiven Transfer öffentlicher Mittel an den privatwirtschaftlichen Sektor und die Begünstigung ausländischen Kapitals durch Haushaltsanpassungen, die den Staatsanteil verringern, das Arbeitsrecht deregulieren und die Systeme der sozialen Absicherung zerstören;

STELLT SICH der Herausforderung, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und gewerkschaftliche Führungspersönlichkeiten aus- und weiterzubilden und sie insbesondere im Hinblick auf den Kampf für soziale Rechte, soziale Inklusion und Gleichstellung mit dem Rüstzeug auszustatten, um schnell und effektiv reagieren und Alternativen zu den Initiativen der Regierungen anbieten zu können, denen es um den Umbau von Staaten nach den Vorgaben hegemonialer dominierender Wirtschaftseliten geht; und

BESCHLIESST die Einsetzung eines aus ExpertInnen für soziale Sicherheit sowie VertreterInnen von PSI-Mitgliedsgewerkschaften bestehenden Ausschusses, um Ansichten auszutauschen, Datenforschung zu betreiben sowie eine vergleichende Analyse der maßgeblichen Rechtsvorschriften mit dem Ziel durchzuführen, eine Matrix der sozialen Sicherheit und sozialen Wohlfahrt zu erstellen, in deren Mittelpunkt transformative Bildungsmaßnahmen für den Aufbau lebensfähiger, nachhaltiger Systeme mit einer breiten sozialen Absicherung und der Neufassung sozialpolitischer Programme im Hinblick auf die Förderung eines sozialen Pakts stehen.

Vorgelegt von: Confederação dos Servidores Públicos do Brasil (CSPB), Brasilien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 31: Kritische Auseinandersetzung mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ASB), der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) und anderen multilateralen Institutionen in der Region

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

IST ALARMIERT über die Geschwindigkeit, mit der Privatisierungen, Strukturreformen und ÖPPs in den Ländern der Region Asien-Pazifik von den großen Entwicklungsbanken wie ADB und AIIB mit ihren unermesslichen finanziellen Mitteln vorangetrieben werden. Die PSI-Mitglieder wertschätzen die Rolle des PSI-Regionalvorstandes Asien-Pazifik und seine kritische Auseinandersetzung mit den o.g. Institutionen und die Beharrlichkeit, mit der sich der Regionalvorstand bei den Banken dafür einsetzt, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zur Kenntnis zu nehmen und bei den Gesprächen auch soziale Werte zu berücksichtigen;

BEKRÄFTIGT, dass es für die Gewerkschaften von größter Bedeutung ist, in diesen Institutionen einen funktionierenden Mechanismus zu etablieren, der die Wahrung international anerkannter Arbeitsnormen sicherstellt; besonders seien hier genannt die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen und die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitskräfte, die in den von den Banken finanzierten Projekten beschäftigt sind;

UNTERSTÜTZT NACHDRÜCKLICH die kontinuierliche Auseinandersetzung von PSI und ihren Mitgliedern mit diesen Institutionen in der Region Asien-Pazifik und die Überwachung der Rolle dieser Banken bei der Einflussnahme auf eine Politik, die Auswirkungen auf das Leben und die Gemeinschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und langfristig auch auf die Gewerkschaften hat;

FORDERT die Gewerkschaften aus den Ländern der entwickelten Welt, die wichtige Stakeholder in diesen Institutionen sind, nachdrücklich auf, sich gemeinsam mit den ArbeitnehmerInnen in den Entwicklungsländern für positive Veränderungen und demokratische Prozesse in diesen Institutionen einzusetzen; und

ENGAGIERT sich weiterhin aktiv und federführend für diese Ziele, um das Thema „Menschen vor Profit“ mit Leben und konkreten Taten zu erfüllen.

Vorgelegt von: Alliance of the Government Workers in the Water Sector (AGWAS), Philippinen

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 32: Steueroasen

(Originalversion Französisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass die Steuervermeidung, d.h. eine komplexe, am Rande der Legalität stattfindende Steuerplanung von Unternehmen, ein eindeutiges Problem darstellt, da sie die Steuerbemessungsgrundlage unterläuft und die Steuereinnahmen des Staates verringert;

STELLT FEST, dass Staaten abgesehen von koordinierten internationalen Aktionen auch im einzelstaatlichen Rahmen ihre Steuergesetze und -verordnungen grundlegend ändern müssen, um diesen Steuervermeidungsstrategien die Rechtsgrundlage zu entziehen;

STELLT FEST, dass die Regierungen den OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen *(Base Erosion and Profit Shifting - BEPS)* als eine angemessene Antwort auf das Problem der Nutzung von Steueroasen durch multinationale Unternehmen präsentieren;

STELLT FEST, dass die Unabhängige Kommission zur Reform der Besteuerung internationaler Unternehmen, an deren Gründung PSI maßgeblich beteiligt war, einen signifikanten Beitrag zur

Entwicklung und Weitergabe innovativer und gerechter Lösungen für das Problem der Besteuerung internationaler Unternehmen geleistet hat; dies bezieht sich besonders auf die Behandlung multinationaler Unternehmen als einheitliche juristische Person zum Zweck der Steuererhebung;

SETZT SICH bei Regierungen und internationalen Institutionen für ein Verbot von Steuervermeidungstaktiken ein, die von wohlhabenden Steuerpflichtigen und Unternehmen eingesetzt werden und steuerliche Vorschriften und Gesetze aushöhlen;

ACHTET DARAUF, dass in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern die Fortschritte bei der Entwicklung und Durchführung des BEPS-Aktionsplans der OECD verfolgt und die Mitglieder darüber informiert werden, und dass weiterhin der Standpunkt gilt, dass die Koordinierung internationaler Steuerthemen unter der Federführung der Vereinten Nationen erfolgen sollte, damit alle Länder und nicht nur die reichsten OECD-Mitglieder als Stakeholder an dem Prozess und den Entscheidungen über diese Fragen beteiligt werden;

UNTERSTÜTZT weiterhin die Unabhängige Kommission zur Reform der Besteuerung internationaler Unternehmen und leistet einen Finanzbeitrag zur Arbeit des Ausschusses; und

FORDERT DIE MITGLIEDER AUF, gegenüber ihren nationalen Regierungen kontinuierlich Druck aufzubauen, gegen das Problem der Steueroasen vorzugehen und weiterhin mit geeigneten Maßnahmen ihre Bevölkerung über diese Thematik auf dem Laufenden zu halten.

Vorgelegt von: Centrale des Syndicats du Québec (CSQ), Kanada, und American Federation of Teachers (AFT), USA

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 33: Globaler Handel für alle und Schluss mit dem Sündenbock-Status von WanderarbeitnehmerInnen

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

Die Arbeitsplätze und die Existenzen von Millionen von ArbeitnehmerInnen überall auf der Welt, auch diejenigen, die von PSI-Mitgliedern vertreten werden, sind abhängig von internationalen Handelsbeziehungen. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, dass das derzeitige System des globalen Handels Ungleichheiten verstärkt hat. Wie der globale Handel organisiert ist, muss sich fundamental ändern und zu einem System führen, das im Interesse aller Menschen und nicht nur multinationaler Unternehmen funktioniert und im Kern den Schutz öffentlicher Dienste beinhaltet;

IST STOLZ auf die führende Rolle von PSI in der globalen Handelsdebatte und auf die ausgezeichneten, von PSI angeführten Kampagnen gegen TPP, TTIP, CETA und TiSA sowie andere vorgeschlagene Handelsabkommen der neuen Generation. Es ist wichtig, dass PSI in der kommenden Kongressperiode den Kampf gegen die vorgeschlagenen Handelsabkommen fortführt, die den Interessen unserer Mitglieder und den Gemeinschaften zuwiderlaufen, in denen sie leben;

IST ÜBERZEUGT, dass PSI zusammen mit den anderen internationalen Branchengewerkschaften eine Gewerkschaftsagenda für den globalen Handel entwickeln sollte, die einen von der globalen Gewerkschaftsbewegung unterstützbaren Rahmen für den internationalen Handel schafft;

In der Debatte über eine nachhaltige Zukunft für den internationalen Handel sollten wir auch die Auswirkungen nicht vergessen, die sich daraus auf die Menschen ergeben. Nicht nur Waren und Dienstleistungen werden grenzüberschreitend gehandelt, sondern auch Menschen überqueren Grenzen. In der Tat könnten unsere öffentlichen Dienste in vielen Ländern überall auf der Welt nicht ohne die Qualifikationen und das Engagement von ArbeitsmigrantInnen funktionieren;

Allerdings müssen wir zu oft erleben, dass ArbeitsmigrantInnen in unseren Gesellschaften angegriffen und verunglimpft werden, wie dies jetzt nicht nur nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten geschieht, sondern auch in Form der beschämenden Lügen der Protagonisten der Leave-Kampagne im Vorfeld des Brexit-Referendums im VK zu beobachten war. Diese Kampagne hat ArbeitsmigrantInnen im Vereinigten Königreich zu Sündenböcken gemacht und in der Zeit nach dem Referendum zu einem signifikanten Anstieg von Hassverbrechen geführt. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die britische Regierung geweigert hat, den im Vereinigten Königreich lebenden und arbeitenden EU-BürgerInnen, von denen viele im öffentlichen Dienst entscheidende Funktionen innehaben, die dringend erforderlichen Zusicherungen zu geben;

WIEDERHOLT SEINE UNTERSTÜTZUNG und Solidarität für ArbeitsmigrantInnen und ihre Arbeit, die sie in unseren öffentlichen Diensten leisten; und

APPELLIERT AN PSI und ihre Mitglieder sich der Politik derjenigen, die auf unsere Spaltung hinarbeiten zu **WIDERSETZEN**. Es ist wichtiger als jemals zuvor, Solidarität untereinander zu zeigen und eine starke und einige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Vorgelegt von: Unite the Union, VK und Irland

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 34: Freihandelsabkommen (zurückgezogen)

(*Originalversion Französisch)*

Vorgelegt von: Centrale des Syndicats du Québec (CSQ), Kanada

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 35: Beschäftigungsübergang

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

ERKENNT AN, dass alle Wirtschaftszweige, ob privat oder öffentlich, Veränderungszwängen unterliegen. Ob es um den Klimawandel oder technologische Fortschritte in der Robotertechnik, bei fahrerlosen Automobilen, in der künstlichen Intelligenz oder um andere zukünftige Innovationen geht - die Gewerkschaften müssen die Führung übernehmen und dafür sorgen, dass alle Branchen und staatlichen Stellen zusammenarbeiten, damit sichergestellt ist, dass nachhaltige Arbeitsplätze oberste Priorität erhalten;

STELLT FEST, dass die PSI ArbeitnehmerInnen in der Energieindustrie und auch Beschäftigte in Kohlekraftwerken organisiert. Entsprechend setzen wir uns für einen Übergang zu saubereren, gerechteren und arbeitsplatzreichen Volkswirtschaften ein, die diesen ArbeitnehmerInnen, ihren Familien und Gemeinschaften nachhaltige Arbeitsplätze anbieten können;

STEHT an der Seite dieser ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien und unterstützt Pläne, mit denen die Arbeitnehmerschaft und die Bevölkerung vor Ort durch Umschulungen, den Erwerb neuer Qualifikationen, höhere Flexibilität und Wissenserweiterung beim Übergang in andere Arbeitsplätze in den neuen CO2-armen Energiesektoren unterstützt werden;

UNTERSTÜTZT Strategien gegen den Klimawandel, die:
- auf früheren Aktionen gegen den Klimawandel aufbauen und ehrgeizigere Ziele haben;
- die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen unterstützen;
- Chancen auf grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze maximieren;
- ArbeitnehmerInnen auf Tätigkeiten in einer CO2-armen Wirtschaft vorbereiten;
- Investitionen fördern und Wirtschaftshilfen in CO2-arme Wirtschaftszweige lenken;
- der Betreuung von Arbeitskräften und Gemeinschaften, die durch Werksschließungen und verringerte Arbeitsplatzangebote in kohlenstoffintensiven Wirtschaftszweigen betroffen sind, in der Übergangszeit höchste Priorität zuweisen;

- lokale und regionale Regierungen, die neue Elektrizitäts- und Energiedienste aufbauen, betreiben und besitzen, in die Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Gesellschaft im Allgemeinen und die örtlichen Gemeinschaften im Besonderen einbinden;
- ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften eine Stimme geben, damit:
  - die Antworten auf den Klimawandel und regionale Entwicklungsstrategien aufeinander abgestimmt werden;
  - Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte geachtet werden;
  - der Sozialschutz für den Einzelnen und die Gemeinschaften sichergestellt wird;
- Kohlenstoffemissionen weltweit reduziert werden, damit entsprechend dem Pariser Abkommen weltweit der Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf unter 2°C, vorzugsweise auf unter 1,5%, gegenüber dem vorindustriellen Temperaturniveau begrenzt wird;

FORDERT alle Regierungen **AUF**, als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die ArbeitnehmerInnen und Gemeinschaften zu unterstützen, die durch die Schließung von Kraftwerken und Bergwerken und den Niedergang anderer Wirtschaftszweige betroffen sind, für die Übergangslösungen gefunden werden müssen, um die Innovationsprozesse, die unsere Wirtschaftszweige überall auf der Welt betreffen, bewältigen zu können; und

ERKENNT AN, dass der Klimawandel nur ein Faktor ist und dass andere Wirtschaftszweige ebenfalls heute und in Zukunft größere Anpassungsprozesse bewältigen müssen. Folglich müssen wir:
- uns innovative Strategien wie z. B. die Möglichkeit für ältere Beschäftigte, als Mentorinnen und Mentoren die nächste Generation junger ArbeitnehmerInnen fortzubilden, zu eigen machen, und
- dafür sorgen, dass staatliche Stellen und Arbeitgeber ArbeitnehmerInnen weiter oder erneut beschäftigen, sie umschulen oder als letztes Mittel Betriebsverkleinerungen nach den Regeln der Fairness und ohne Verlust der Würde durchführen.

Vorgelegt von: Australian Municipal, Administrative, Clerical and Services Union (ASU), Australien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 36: Hedgefonds und Privatkapitalgesellschaften

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass Hedgefondsmanager in den letzten zehn Jahren aggressive Taktiken verwendet haben, um öffentliche Pensionskassen in Ländern überall auf der Welt davon zu überzeugen, Hunderte Milliarden Dollar dieser öffentlichen Pensionsrückstellungen in Hedgefonds zu investieren, die in erster Linie unregulierte und kostenintensive Anlageinstrumente sind, die ihren Investoren überdurchschnittliche Renditen und die Absicherung gegen Risiken versprechen;

STELLT FEST, dass darüber hinaus auch Privatkapitalgesellschaften beständig herkömmliche öffentliche Dienste mit dem Versprechen an Städte und Länder ersetzen, marode Infrastrukturen zu sanieren, ihnen direkt Millionen von Dollar für die Rückzahlung ihrer Schulden zur Verfügung stellen und sie davon überzeugen, Partnerschaften mit Dienstleistungsanbietern einzugehen, die von den Kapitalgesellschaften vorgegeben werden;

VERURTEILT Privatkapitalgesellschaften, die öffentliche Dienste auf Kosten der SteuerzahlerInnen übernehmen, und dabei massiv die Gebühren erhöhen. Ein Beispiel hierfür sind um 30% höhere Wasserrechnungen nach der Übernahme der öffentlichen Wasserversorgung von New Jersey, USA, durch ein Privatunternehmen, wobei der größte Teil dieser Kostensteigerung zur Gewinnmaximierung des Unternehmens beigetragen hat. Ähnliche Übernahmen von öffentlichen Wasserversorgern gab es in Ländern von Ecuador bis Indonesien mit der Folge einer schlechteren Dienstleistung und höheren Kosten;

STELLT FEST, dass mehrere in letzter Zeit veröffentlichte Berichte gezeigt haben, dass Hedgefonds keine signifikanten finanziellen Vorteile bieten, da ihre Renditen hinter den Erwartungen zurückbleiben und öffentliche Pensionskassen Milliarden Dollar an Erträgen verlieren;

STELLT FEST, dass unterdurchschnittliche Renditen, erhöhte Risiken und hohe Kosten dazu führen, dass sich Gewerkschaften und das Management öffentlicher Pensionskassen die Frage stellen, ob die Investition von Altersrückstellungen der ArbeitnehmerInnen in Hedgefonds noch den treuhänderischen Pflichten entspricht. Beispiele:

- im VK hat der *RBS Group Pension Fund*, der die Pensionen der jetzigen und früheren Beschäftigten der *Royal Bank of Scotland* verwaltet und eine der größten Pensionskassen im Vereinigten Königreich ist, stetig Kapital aus Hedgefonds abgezogen und ist damit einer Strategie der Risikoreduzierung gefolgt mit einem Ergebnis über der Vorgabe der Investment-Benchmark;
- in den Niederlanden hat die Pensionskasse PFZW mitgeteilt, dass sie alle ihre Vermögenswerte aus Hedgefonds aufgrund schlechter Renditen, überzogener Kosten und hoher Komplexität abgezogen hat; und
- der US-Pensionsfonds CalPERS *(California Public Employees' Retirement System)* war eine der ersten Pensionskassen, die in Hedgefonds investiert hat, im Jahre 2014 aber die dort angelegten $4 Milliarden komplett abgezogen und als Begründung genannt hat, diese Fonds seien zu teuer und zu kompliziert;

BESCHLIESST, dass PSI und ihre Mitglieder mit dem öffentlichen Dienst in Städten mit Infrastrukturproblemen zusammenarbeiten und darüber informieren, welche Bedrohungen mit der Übernahme durch Privatkapitalgesellschaften einhergehen;

FORDERT PSI und ihre Mitglieder auf, mit dem Management öffentlicher Pensionskassen zusammenzuarbeiten und sie für die Risiken einer schlechten Performance von Hedgefonds und den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Treuhänder von Pensionskassen und deren Mitglieder zu sensibilisieren;

FORDERT PSI nachdrücklich auf, sich für die Transparenz sowohl von Privatkapitalgesellschaften als auch von Hedgefonds einzusetzen und auf umfangreicher und öffentlicher Berichterstattung zu bestehen, wenn öffentliche Gelder Privatkapitalgesellschaften oder Hedgefonds anvertraut werden;

FORDERT PSI nachdrücklich zur Durchführung einer Prüfung der Portfoliostrukturierung öffentlicher Pensionskassen auf, um weniger kostenintensive und effizientere Diversifizierungsmodelle zu untersuchen; dazu gehören auch eine vollständige Analyse der bisherigen Netto-Performance der Investitionen in Hedgefonds, sowie ein Vergleich mit kostengünstigeren Alternativen; und

BESCHLIESST, dass PSI die Mitglieder dazu ermutigt, sich für eine verbesserte Gesetzgebung und Beaufsichtigung einzusetzen, damit öffentliche Pensionskassen vor den negativsten Folgen der Zusammenarbeit mit Hedgefonds geschützt werden; dazu gehören überzogene Renditeversprechungen und Schutz vor Kursverlusten, die jedoch in Wirklichkeit lediglich den Transfer der von ArbeitnehmerInnen und SteuerzahlerInnen erwirtschafteten Vermögenswerte auf die Konten reicher Hedgefondsmanager bedeuten.

Vorgelegt von: American Federation of Government Employees (AFGE); American Federation of Teachers (AFT); Service Employees International Union (SEIU) – USA; Association of Canadian Financial Officers (ACFO); Centrale des Syndicats du Québec (CSQ); National Union of Public and General Employees (NUPGE) - Kanada; Public Services Labour Independent Confederation (PSLINK), Philippinen; Korean Public Service and Transport Workers' Unions (KPTU), Korea

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 37: Notfälle und Katastrophen (unter Einbeziehung der früheren Entschließungen Nr. 37 und Nr. 38)

(Originalversion Japanisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass es in Ländern überall auf der Welt häufig zu Naturkatastrophen einschließlich Erdbeben, Tsunamis, Überschwemmungen, Taifunen, Hurrikanen und Zyklonen kommt, dass sie den Gefahren von Pandemien und Epidemien ausgesetzt sind und dass diese immer schwerer werden;

STELLT FEST, dass die Beschäftigten der öffentlichen Dienste, unter anderem in den zentralen Staatsverwaltungen und örtlichen Kommunalverwaltungen, den Feuerwehren, Notfall- und Rettungsdiensten, beim Militär, bei der Polizei, den Wasserversorgern, Gesundheitsdiensten und Sozialeinrichtungen, im Bildungswesen, in Beförderungs- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich ihrer Gewerkschaften eine entscheidende Rolle bei der Katastrophenvorsorge, Interventionen im Katastrophenfall sowie dem Wiederaufbau nach Naturkatastrophen spielen;

BESCHLIESST, die PSI-Leitlinien für Notfalldienste zu verbreiten und sie als Grundlage für die Planungsarbeit und Aktionen der Gewerkschaften zu nutzen, um eine Gesellschaft aufzubauen, in der Menschen sicher und geschützt leben und arbeiten können, dabei aber anerkennen, dass es vielleicht nicht möglich ist, alle Risiken für die öffentlichen Dienste und die Gemeinschaft zu beseitigen; und

BESCHLIESST, ein weltweites Netzwerk von NotfallhelferInnen aufzubauen, um die Regionen zu unterstützen, damit gewährleistet ist, dass alle BürgerInnen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten haben.

Vorgelegt vom Rat der japanischen Mitgliedsorganisationen: All-Japan Prefectural and Municipal Workers Union (JICHIRO), Japan Public Sector Union, All Japan Water Supply Works Union, Japan Health Care Workers' Union, National Council of Japanese Firefighters and Ambulance Workers; und Service Employees International Union (SEIU), USA

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 37

Änderungsantrag Nr. 38

Vor dem letzten Absatz folgenden Absatz **einfügen**:

BITTET PSI und ihre Mitglieder DRINGEND, sich weiterhin bei nationalen und Regierungen und lokalen Verwaltungen stark zu machen für die finanzielle, personelle und materielle Ausstattung des Personals der Notfalldienste, und für eine adäquate Aus-/Fortbildung der Beschäftigten, die sie dringend benötigen, um sich besser auf Naturkatastrophen, von Menschen verursachte Katastrophen und Pandemien vorbereiten zu können;

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Antragsteller unterstützt diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 38: Verbesserte Krisenresistenz von Gesellschaften durch stärkere öffentliche Dienste (zurückgezogen)

(Originalversion Japanisch)

Vorgelegt vom Rat der japanischen Mitgliedsorganisationen: All-Japan Prefectural and Municipal Workers Union (JICHIRO), Japan Public Sector Union, All Japan Water Supply Works Union, Japan Health Care Workers' Union, National Council of Japanese Firefighters and Ambulance Workers

Zurückgezogen zugunsten der zusammengesetzten Entschließung Nr. 37

Entschließungsantrag Nr. 39: Gesundheit und Wohlfahrt (zurückgezogen)

Vorgelegt von: Confederation of Public Services Independent Trade Unions (COPSITU), Sri Lanka

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 40: Mindestpersonalschlüssel im Gesundheitswesen (zurückgezogen)

Vorgelegt von: New South Wales Nurses and Midwives' Association, Australien

Zurückgezogen zugunsten der inhaltlichen Integration in das Aktionsprogramm

Entschließungsantrag Nr. 41: Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Gesundheitssektor

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass das PSI-Aktionsprogramm 2018-2022 wichtige Themen der Arbeitssicherheit im Gesundheits- und Sozialdienstesektor behandelt und dabei u.a. den Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und auf die Bekämpfung der Gewalt am Arbeitsplatz setzt;

STELLT FEST, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen systemimmanente erhebliche Hindernisse überwinden müssen, bevor sie Fälle von gewalttätigen Übergriffen am Arbeitsplatz melden können, und dies sogar teilweise von Arbeitgeberseite so gewollt ist;

STELLT FEST, dass Risikofaktoren an Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen nicht nur die Sicherheit und das Wohlergehen der Gesundheitsfachkräfte gefährden, sondern ebenfalls die Anwerbung und die langfristige Bindung qualifizierter MitarbeiterInnen erheblich erschweren, die zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Personalschlüssels in der Gesundheitsversorgung erforderlich sind;

STELLT FEST, dass das Aktionsprogramm ebenfalls auf die tragische Situation eingeht, die nach dem Ausbruch von Krankheiten wie Ebola oder Zika entstehen und unvorbereitete und schlecht organisierte Gesundheitssysteme treffen, die nicht für den Kampf gegen Epidemien gerüstet sind. Während der Ebolakrise bedeutete der mangelhafte Gesundheits- und Arbeitsschutz der Gesundheitskräfte, dass sie jeden Tag bei der Patientenversorgung ihr Leben riskierten. Es wird geschätzt, dass mindestens 500 Beschäftigte im Gesundheitswesen in diesen Ländern ihr Leben lassen mussten;

GEHT DAVON AUS, dass die PSI-Mitglieder zum Aufbau eines Informations- und Kompetenznetzwerks ihre Erfahrungen und bewährten Praktiken zur Aufklärung über Sicherheitsrisiken am Arbeitsplatz weitergeben und dass sie Forschungsergebnisse über Präventions- oder Behandlungsmethoden und Arbeitgeberpraktiken zusammenstellen und an die Mitgliedsgewerkschaften weitergeben; und

FORDERT PSI AUF, Mitglieder mit ausführlichen Leitlinien und speziellen Schulungen zu unterweisen, wie sie das Thema Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zum Gegenstand von Kollektivverhandlungen machen und dabei auch Forderungen nach zweckmäßigen Schutzausrüstungen, Ausbildung in Risikoprävention und Sicherheitsüberprüfungen am Arbeitsplatz erheben können.

Vorgelegt von: American Federation of Government Employees (AFGE); American Federation of Teachers (AFT); Service Employees International Union (SEIU) – USA; Association of Canadian Financial Officers (ACFO); Centrale des Syndicats du Québec (CSQ); National Union of Public and General Employees (NUPGE) - Kanada; Public Services Labour Independent Confederation (PSLINK), Philippinen; Svenska Kommunalarbetareförbundet (Kommunal), Schweden

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 41

Änderungsantrag Nr. 39

Vor dem letzten Absatz einen neuen Absatz **einfügen**:

NIMMT ZUR KENNTNIS, dass es in Konfliktzonen weltweit gewalttätige Angriffe auf Krankenhäuser, Ambulanzen, PatientInnen und medizinisches Personal gegeben hat. Soldaten regulärer Armeen, Angehörige von Milizen und Freiwilligenkorps haben verwundeten Zivilisten unparteiische medizinische Versorgung vorenthalten; sie haben Gesundheitseinrichtungen angegriffen, eingenommen und missbraucht; sie haben medizinische Transporte angegriffen oder blockiert; und sie haben Ärzte und Ärztinnen, die verwundete Zivilisten versorgt haben, festgenommen oder bestraft. Diese Zwischenfälle sind zielgerichtete und bewusste Aktionen, die sowohl Menschenrechtsnormen und -standards, als auch ärztliche Ethik, und insbesondere die Genfer Konvention verletzen, die die Neutralität des medizinischen Personals als ein humanitäres Prinzip verankert hat;

Einen neuen letzten Absatz **einfügen**:

BITTET PSI DRINGEND, die Angriffe auf Krankenhäuser, Kliniken und medizinisches Personal zu verurteilen, wo immer sie verübt werden, und sich führend an dem Aufruf an alle zu beteiligen, das Prinzip der Neutralität des medizinischen Personals zu achten.

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Die Antragsteller unterstützen diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 42: Kommunalverwaltungen und Nachhaltigkeit

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass kommunale und regionale Verwaltungen ein wichtiger Teil unserer Gemeinschaft sind. Sie stellen die Dienstleistungen zur Verfügung, von denen wir als BürgerInnen in hohem Maß abhängig sind: Abfallwirtschaft, Straßeninstandhaltung und andere kommunale Dienstleistungen.

Finanzielle Nachhaltigkeit ist eine Grundvoraussetzung, damit die kommunalen Verwaltungen ihren Auftrag erfüllen können, nämlich Güter und Dienstleistungen in effizienter und nachhaltiger Weise bereitzustellen. Niemand kann es sich leisten, dass es aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zu noch mehr Ausfällen bei den Gemeinderäten und Regionalverwaltungen kommt.

Eine Steigerung der Ausgaben in der Kommunalverwaltung ist per se nicht das Problem, aber wenn dem derzeitigen Nachfrageniveau nach kommunalen und regionalen Dienstleistungen keine entsprechende Einnahmensteigerung gegenübersteht, werden letztendlich Alle verlieren.

Die Kenntnisse und Vorstellungen der BürgerInnen, wie die kommunalen Dienstleistungen bezahlt werden, sind ein wichtiger Teil der Antwort auf dieses Problem. Öffentliche Abgaben werden oft für private Vorteile verwendet. Dies kann mangelnde Transparenz und Gerechtigkeit nach sich ziehen und das Vertrauen der BürgerInnen sowie ihre Bereitschaft, ihre steuerlichen Verpflichtungen zu erfüllen, untergraben.

Auf die kommunalen und regionalen Verwaltungen wird es sich positiv auswirken, wenn sie angemessene Maßnahmen treffen, um den Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach kommunalen Dienstleistungen und den zur Befriedigung dieser Nachfrage erforderlichen Einnahmen wieder herzustellen. Größere Transparenz und eine bessere Rechenschaftslegung werden den BürgerInnen helfen, die Verbindung zwischen der Angebotserweiterung kommunaler Dienstleistungen und den zur Finanzierung dieser erweiterten Angebotspalette benötigten Einnahmen herzustellen und ihr Vertrauen, ihre Zufriedenheit und ihre Bereitschaft, dies zu finanzieren, stärken.

Es ist wichtig, dass Abgaben und Gebühren nach bewährten wirtschaftlichen Grundsätzen erhoben werden, wobei es entscheidend wichtig ist, dass die Gemeinderäte belastbare empirische Nachweise für ihre Fähigkeit zum Schuldendienst sicherstellen.

BESCHLIESST, dass

1. kommunale Steuern in erster Linie für die Finanzierung kommunaler Dienstleistungen verwendet werden sollten. Kommunale Steuern sind keine Dienstleistungsgebühr;
2. das Ausmaß der Subventionierung den SteuerzahlerInnen und EmpfängerInnen eindeutig kommuniziert werden sollte. Der Subventionsbetrag sollte auf Belegen und an den Orten ausgewiesen werden, an denen subventionierte Güter und Dienstleistungen bereitgestellt wurden, um so das Bewusstsein der Gemeinschaft für den tatsächlichen Wert der bereitgestellten Dienstleistungen zu schärfen;
3. höhere Regierungsebenen von einem Crowding-Out der Bemessungsgrundlage für kommunale Steuern abgehalten werden sollten;
4. Obergrenzen für kommunale Steuern (Rate-Capping) möglichst abgeschafft werden sollten, weil sie die Einnahmen und Ausgaben entkoppeln und für die finanzielle Effizienz und Nachhaltigkeit abträglich sind;
5. regulierte Abgaben und Gebühren je nach der Art der betreffenden Dienstleistung auf den Prüfstand zu stellen sind, weil sie Einnahmen und Ausgaben entkoppeln; und dass
6. Finanzhilfen oder Zuschüsse durch eine zentralstaatliche Behörde ohne politische Einflussnahme zugewiesen und mit einer prognostizierbaren und nachhaltigen Einnahmequelle gekoppelt werden sollten.

Vorgelegt von: Australian Municipal, Administrative, Clerical and Services Union (ASU), Australien

Der PSI-Vorstand hat seine Empfehlung vertagt, um Zeit für Konsultationen zu gewinnen.

Entschließungsantrag Nr. 43: Energie

(Originalversion Französisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

1. Energie ist ein wichtiger Faktor für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.
2. Deregulierung und Privatisierung in jeder Form führen zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, beeinträchtigen die sozialen Rechte von ArbeitnehmerInnen, führen zu Lohnkürzungen und vernichten Arbeitsplätze.
3. PSI bekräftigt das Recht auf den Zugang zu Energie als wichtig für alle Menschen und widersetzt sich allen Versuchen, Energie als Handelsware zu behandeln.

4. PSI ist als Mitglied der nichtstaatlichen Organisation *Droit à l'énergie SOS Futur* (DAE-SOS Futur) dem Kampf für das Recht auf Energie verpflichtet.
5. Der Kongress bekräftigt PSI in ihrer Aufgabe, ihre internationalen Aktionen zur Bekämpfung der Energiearmut und für das Recht auf Energie für alle zu intensivieren, indem sie sich in so vielen internationalen Organisationen wie möglich dafür engagiert und mit anderen sozialen Bewegungen zusammenarbeitet.
6. PSI und ihre Mitglieder haben vereinbart, die folgenden Ziele zu erreichen:
   - Anerkennung des Rechts auf Energie als grundlegendes Menschenrecht;
   - Maßnahmen zur Bekämpfung eines extremen Energiemangels in der Welt durch Teilnahme an einer internationalen Kampagne für die Anerkennung des Rechts auf Energie nach dem Vorbild der Kampagne für das Recht auf Wasser;
   - Durch Entwicklung praktischer und konstruktiver Vorschläge in Partnerschaft mit großen internationalen Institutionen, Regierungen und wichtigen Akteuren der Zivilgesellschaft;
   - Durch die Förderung eines Weltenergietages und die Anerkennung des Rechts auf Energie durch die Vereinten Nationen.

Vorgelegt von: Fédération Nationale Mines Energies CGT, Fédération des Services Publics CGT, Fédération Interco CFDT, Frankreich

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 43

Änderungsantrag Nr. 40

Absatz Nr. 3 wie folgt **ergänzen**:

3. PSI bekräftigt das Recht auf den Zugang zu Energie als wichtig für alle Menschen**; sie fordert, dass Energie sauber und erneuerbar sein muss, stellt fest, dass Energiedienste eine Quelle guter Arbeitsplätze sind,** und widersetzt sich allen Versuchen, Energie als Handelsware zu behandeln.

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Antragsteller ist gegen diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss vertagt seine Stellungnahme bis zum Abschluss der Konsultationen mit den Mitgliedern.

Entschließungsantrag Nr. 44: Öffentliches Berufsbildungssystem und Elektrikerlehrlinge in Australien

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass der Bedarf an lizenzierten Elektrikern aufgrund der aktuellen Nachfrage und der sich ändernden Technologien im Energiesektor voraussichtlich hoch bleibt. Allerdings erfordert die Ausbildung der jetzigen und der zukünftigen Lehrlingsgeneration den Erhalt des öffentlichen Berufsbildungssystems *(Technical and Further Education - TAFE)*, damit eine qualitativ hochwertige, bezahlbare und zugängliche Ausbildung gewahrt wird;

VERURTEILT Initiativen wie die der *National Electrical Contractors Association* (NECA) und der *Master Electricians Australia* (MEA), die einen größeren Anteil der Ausbildungskosten auf die Lehrlinge und ihre Familien abwälzen wollen. Interessengruppen der Wirtschaft unterstützen Ausbildungsmodelle, die für Lehrlinge und die Elektrobranche abträglich sind. Dazu gehören:

- Versuch einer Senkung der Mindestlöhne für Lehrlinge;
- Deregulierung und Verwässerung der Lizenzierung von Elektrobetrieben; und
- Versuch der Einführung „flexibler Lernumgebungen“. Diese beinhalten die gebührenpflichtige Online-Ausbildung von Elektrolehrlingen ohne Aufsicht und in eigener Zeitgestaltung zusätzlich zur praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz;

ERINNERT daran, dass PSI ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Energiesektor vertritt und setzt sich dafür ein, dass ArbeitnehmerInnen und ihre Familien Zugang zu einem bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Ausbildungsangebot haben;

IST DESHALB DER AUFFASSUNG, dass der Berufsbildungssektor nicht vollständig dem freien Markt überlassen werden darf, denn das Konzept der Marktoffenheit in der beruflichen Bildung ist völlig verfehlt;

UNTERSTÜTZT:
- die Forderung, dass Regierungen (auf der föderalen und bundesstaatlichen Ebene) die Finanzierung der Institute für technische und weiterführende Bildung (TAFE) wiederaufnehmen bzw. aufrechterhalten, erweitern und sicherstellen, dass ein leistungsfähiges öffentliches Berufsbildungssystem zugänglich für alle bleibt;
- die Forderung, dass von der staatlichen Unterstützung der Berufsbildung nicht mehr als 30% im Rahmen eines Wettbewerbs vergeben werden. Damit wäre die wichtige Rolle einer öffentlich finanzierten Ausbildung in angemessener Weise anerkannt und unterstützt, und das nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wachstum des privaten Ausbildungsmarkts wäre ausgebremst; setzt sich dafür ein, dass die verbleibenden 70% der VET-Förderung automatisch der öffentlich finanzierten Berufsbildung zukommen;
- einen gerechten Zugang zur Berufsbildung durch bezahlbare Bildungsangebote;
- die „Hands off Our Trade"-Kampagne der *Electrical Trades Union* (ETU) in Australien durch:
  - Widerstand gegen die Verlagerung hoher und unverhältnismäßiger Kosten vom Arbeitgeber auf die Lehrlinge und ihre Familien;
  - Widerstand gegen die Senkung der Mindestlöhne für Lehrlinge; und
  - Widerstand gegen alle Versuche, lizenzierte Elektrobetriebe zu deregulieren und die geltenden Bestimmungen zu verwässern.

Vorgelegt von: Communications, Electrical, Plumbing Union (CEPU), Australien

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 45: Netzwerk von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im westlichen Mittelmeerraum

(Originalversion Französisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

BEDAUERT, dass die als „Arabischer Frühling" bezeichneten Aufstände weitgehend gescheitert sind und es in ihrer Folge zu einem Albtraum von Unterdrückung, Bürgerkriegen, Staatsstreichen usw. gekommen ist;

ZEIGT SICH ERFREUT darüber, dass Tunesien diese Katastrophen nicht erleben musste und dank der wichtigen Rolle unserer KollegInnen in der UGTT erfolgreich die Falle des Obskurantismus und des Niedergangs vermieden hat;

STELLT FEST, dass aus dem Arabischen Frühling ein „sibirischer Winter" geworden ist, der Millionen von Menschen (Männer, Frauen und Kinder) auf dem Land- und Seeweg in die Flucht vor Krieg, Verfolgung und Tod getrieben hat;

BEDAUERT, dass die Debatten über den Umgang mit diesen Flüchtlingen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zu einem überzogenen Nationalismus geführt haben, der die Werte und Ideen verrät, auf denen die EU gründet;

BEKRÄFTIGT, dass die Gewerkschaftsbewegung - wie in dem dem Kongress in Genf vorgelegten Aktionsprogramm dargelegt - eine wichtige Rolle nicht nur in der Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch in der Debatte über deren Lebensbedingungen in den Aufnahmeländern übernehmen muss;

BEKRÄFTIGT, dass die Gewerkschaften in den nördlichen und südlichen Mittelmeeranliegerstaaten ein gemeinsames Interesse an Fragen wie Migration, Demokratisierung und öffentliche Dienste usw. haben;

STELLT FEST, dass die Regierungen im westlichen Mittelmeerraum ein Kooperationsnetzwerk gegründet haben, das im Allgemeinen als 5+5-Dialog bezeichnet wird und an dem fünf Länder der Union des Arabischen Maghreb (Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien, Libyen) und fünf Staaten der Nordseite (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Malta) teilnehmen, und dass abgesehen von jährlichen Konferenzen der Außenminister dieser Länder Gruppen entstanden sind, um den Dialog und die Zusammenarbeit zu Themen wie Jugend, nachhaltige Entwicklung, Bildung, Tourismus usw. zu fördern;

BEKRÄFTIGT, dass es zweckmäßig erscheint, wenn die Gewerkschaften und besonders die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes diesem Vorbild folgen und nach regionalen Gesichtspunkten Organisierungsarbeit leisten sollten, um sich mit Herausforderungen wie Migration und Dezentralisierungsinitiativen in einigen Ländern zu befassen und dabei die wichtige Rolle der öffentlichen Dienste für das Gemeinwohl und das Zusammenleben im Auge zu behalten;

BEKRÄFTIGT, dass die Gründung eines Netzwerks der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes nach dem Vorbild des 5+5-Dialogs ein positiver Schritt wäre, um die Menschen an den beiden Küsten einander näher zu bringen, und dass ein solches Netzwerk ein wichtiger Faktor für den Aufbau einer zukünftigen Zusammenarbeit wäre. Dieses Netzwerk könnte bei Bedarf erweitert werden und besonders auch die griechischen Gewerkschaften mit einbinden;
IST SICH BEWUSST, dass die Funktion und Beständigkeit eines solchen Netzwerks nur durch eine solide internationale Struktur gewährleistet werden kann, wie sie die PSI darstellt. Dies gilt umso mehr, als die potenziell an der Gründung dieses Netzwerks interessierten Gewerkschaften Mitglieder von PSI sind;

FORDERT den Kongress auf, dem PSI-Sekretariat das Mandat zu erteilen, die Gründung dieses Netzwerks zu unterstützen und die für die Arbeit des Netzwerks erforderlichen Finanzmittel zu identifizieren und zu erörtern.

Vorgelegt von : Fédération Interco CFDT, Fédération Santé Sociaux CFDT, Fédération CGT des Services publics, Fédération CGT Mines et Energie – Frankreich; Federación de Servicios a la Ciudadanía de CCOO; UGT Federación de empleados de los servicios publicos (FeSP) – Spanien; Funzione Pubblica (CGIL), Italien; UGTT Fédération générale de la Santé; UGTT Fédération des Municipaux; UGTT Fédération des Travaux publics; UGTT Fédération générale Electricité Gaz; UGTT Syndicat national des Eaux; UGTT Fédération générale de l'Agriculture, UGTT Fédération générale des Finances; UGTT Syndicat national Justice – Tunesien; Syndicat national autonome des Personnels de l'Administration publique (SNAPAP), Algerien

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 46: Region Naher Osten und Nordafrika

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

- Die Region Naher Osten und Nordafrika steht vor gravierenden und sich verschärfenden sicherheitspolitischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die das Leben der Menschen in der Region bedrohen und die Integrität von Ländern und den Verlauf bisheriger nationaler Grenzen in Frage stellen (besonders Syrien, Irak, Jemen und Libyen).
- Der durch das Gewicht der Gegenrevolution von Sicherheitskräften und politischer Tyrannei sowie radikalem Islamismus im Keim erstickte Arabische Frühling hatte zur Folge, dass in Syrien und Ägypten repressive Regimes an der Macht sind und in Ländern wie Jemen und Libyen brutale Bürgerkriege ausbrechen konnten. In Bahrain ist es dem herrschenden Regime ebenfalls gelungen, seine Macht zu festigen und einen Volksaufstand mit Hilfe direkter militärischer Unterstützung benachbarter Golfstaaten zu unterdrücken. Alle diese Entwicklungen haben den anderen arabischen Unterdrückerregimes ein Gefühl der Selbstzufriedenheit vermittelt - das gilt besonders für ein Land wie Algerien.

- Die sich verschärfenden Konflikte zwischen den konfessionellen Gruppen der Schiiten und Sunniten in der Region werden durch konkurrierende Regionalmächte wie dem Iran, Saudi-Arabien und der Türkei zusätzlich angeheizt. Diese Situation wurde durch die beispiellose Eskalation des fundamentalistischen islamistischen Terrors unter dem Befehl von IS und Al-Qaida weiter verschärft.
- Diese Konflikte finden im Kontext einer seit Jahrzehnten anhaltenden internationalen Einmischung in die Angelegenheiten dieser Region statt.

Der Kongress STELLT FERNER FEST:

- Arabische Regimes sind mit großer Härte gegen Gewerkschaften vorgegangen, insbesondere gegen die unabhängigen Gewerkschaften, die am Arabischen Frühling beteiligt waren. Durch Drohungen, direkte Repressalien, neue Gesetze oder Gesetzesänderungen oder Methoden, die Gewerkschaften am Einziehen ihrer Mitgliedsbeiträge zu hindern, ist es diesen Regimes auf verschiedenen Wegen gelungen, gewerkschaftliche Freiheiten zu unterdrücken und die wohl wichtigste und parallel zum Arabischen Frühling laufende Entwicklung der heutigen Zeit, nämlich die Entstehung und Verbreitung unabhängiger Gewerkschaften, nach Möglichkeit zu eliminieren. Diese sich verschärfende Unterdrückung konnte in Ägypten, Algerien, Jordanien, Bahrain, Palästina und Libyen beobachtet werden.
- Diese massive Einschränkung gewerkschaftlicher Freiheiten ging Hand in Hand mit der fortgesetzten Umsetzung einer neoliberalen Politik der Diktaturen gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Armen sowie dem quantitativen und qualitativen Niedergang öffentlicher Dienste in einer Atmosphäre endemischer Korruption. Arabische Länder gehören zu den Ländern mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit und der niedrigsten Erwerbsquote von Frauen.
- Das arabische politische System steht für eine Kombination aus Erbfolge, Nepotismus und kapitalistischer Gefälligkeits- und Klientelwirtschaft, in dem öffentliches Eigentum gestohlen wird und eine ausufernde Bürokratie in öffentlichen Institutionen vor dem Hintergrund einer Rechtsstaatlichkeit gefördert wird, die diese Bezeichnung nicht verdient oder die völlig fehlt.

Der Kongress BESCHLIESST DAHER,

1. eine neue Strategie für die Region zu entwickeln, die

    - ihren Schwerpunkt auf die Unterstützung unabhängiger Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen, die unabhängige Gewerkschaften gründen möchten, legt, damit sie in der aktuellen Situation ausharren und überleben und ihre Kapazitäten entwickeln können, damit sie sich gegen den Druck wehren und die Interessen ihrer Mitglieder verteidigen können; in diesem Kontext sollte das Phänomen unabhängiger Gewerkschaften als progressives Phänomen behandelt werden, das nicht nur geschützt, sondern in der gesamten Region gestärkt und ermutigt werden muss;
    - Unterstützung von Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere denen, die an der Entwicklung ihrer eigenen demokratischen Strukturen, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Effektivität arbeiten;
    - der Gleichstellungsfrage sowohl intern innerhalb der Gewerkschaften als auch auf breitere Ebene im Arbeitsleben und der Gesellschaft besondere Beachtung schenkt und auf den Erfolgen der vergangenen Jahre aufbaut, da Leben und Rechte der Frauen zunehmend von einer fundamentalistischen Sichtweise bedroht werden;
    - Programme im Rahmen der internationalen Solidarität unter Einbindung von Gewerkschaften aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden in gemeinsame Aktivitäten entwickelt, und dabei das alte Konzept, das auf der Gleichung „Geld aus dem Norden und Ausbildung für den Süden“ basiert, hinter sich lässt; das soll heißen: Organisation von Tagungen und Veranstaltungen im Norden und in der arabischen Region zum Austausch von Erfahrungen und zur Planung gemeinsamer Aktionen;
2. die Vereinten Nationen und den UN-Sicherheitsrat aufzufordern, für die Krisen in der Region durch Umsetzung ihrer Resolutionen oder durch die Annahme neuer umzusetzender Resolutionen eine politische Lösung zu finden und die Waffenlieferungen an die kriegsführenden Parteien zu unterbinden;

3. Mitglieder in konfliktbefangenen Ländern der Region, insbesondere die Vereinigten Staaten, Russland und die ehemaligen Kolonialmächte aufzufordern, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie ihre kontraproduktiven Einmischungen zum Nachteil der Sicherheit und gegen die Interessen der Völker in dieser Region unterlassen;
4. die arabischen Regimes aufzufordern, die Gewerkschaften nicht weiter zu drangsalieren, gewerkschaftliche Freiheiten zu achten und eine Sozial- und Wirtschaftspolitik umzusetzen, die für soziale Gerechtigkeit sorgt und den Menschen qualitativ hochwertige öffentliche Dienste zur Verfügung stellt;
5. die auf dem letzten Kongress gestellte Forderung einer „maximalen Unterstützung des PSI-Subregionalbüros für die arabische Region" und seiner Initiativen zum Aufbau unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der verschärften Krisensituation und der zunehmenden Herausforderungen für die arabische Gewerkschaftsbewegung wieder aufzugreifen.

Vorgelegt von der Gewerkschaft Syndicat national autonome des Personnels de l'Administration publique (SNAPAP), Algerien, im Namen des Wahlkreises für arabische Länder

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 47: Kerzenlicht-Proteste in Südkorea als Start für weitere Aktionen

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass es nach mehreren Jahren konservativer Regierung, gekennzeichnet durch Angriffe auf Gewerkschaften und einen kontinuierlichen Abbau demokratischer Rechte, dem koreanischen Volk und der Arbeiterklasse gelungen ist, durch Anfang des Jahres inszenierte Massenkundgebungen und Kerzenlicht-Proteste die Präsidentin Park Geun-hye ihres Amtes entheben zu lassen;

STELLT FEST, dass Streiks und andere Aktionen der koreanischen PSI-Mitglieder und anderer koreanischer Gewerkschaften gegen die konservative arbeitnehmerfeindliche und gegen den öffentlichen Sektor gerichtete Politik eine wichtige Vorbereitung für die Kerzenlicht-Proteste war und diese letztlich mit auslösten und in Gang hielten;

ANERKENNT die wichtige Rolle der internationalen Solidarität von PSI und anderen internationalen Branchengewerkschaften mit ihren Mitgliedern bei den jüngsten Auseinandersetzungen in Südkorea und weist darauf hin, dass die Absetzung von Präsidentin Park Geun-hye ein Sieg für die gesamte globale Gewerkschaftsbewegung ist;

BEGRÜSST die Tatsache, dass koreanische Gewerkschaften den sozialen Handlungsfreiraum, der durch die Amtsenthebung von Präsidentin Park entstanden ist, zur Stärkung des öffentlichen Sektors nutzen, die gewerkschaftliche Organisierung verstärken, Gewerkschaftsrechte besser schützen und sich für eine gleichberechtigte und demokratische Gesellschaft einsetzen;

GEHT DAVON AUS, dass diese Entwicklungen ein positives Gegenmodell des allgemeinen Trends zu rechtsextremem Nationalismus, Populismus und ausgrenzender Politik sowie zunehmenden Angriffen auf demokratische und Arbeitnehmerrechte weltweit sind;

IST SICH BEWUSST, dass wichtige Probleme wie die Gefängnisstrafe für den KCTU-Präsidenten, die kontinuierliche Weigerung der koreanischen Regierung, die *Korean Government Employees Union* und die *Korean Teachers' Union* als rechtmäßige Gewerkschaften anzuerkennen, den Feuerwehrleuten die Vereinigungsfreiheit vorzuenthalten sowie weitere Einschränkungen gewerkschaftlicher Rechte besonders im öffentlichen Sektor weiterhin ungelöst sind;

ANERKENNT jedoch, dass die neue politische Lage in Südkorea die Möglichkeit für Fortschritte in diesen Bereichen eröffnet;

FORDERT die koreanische Regierung auf, die oben erwähnten Probleme sofort anzugehen und alle sozialen Fehlentwicklungen der Park-Regierung zu korrigieren;

FORDERT das PSI-Sekretariat und die Mitglieder auf, den weitergehenden Kampf der koreanischen PSI-Mitglieder für die Gewährung vollständiger Gewerkschaftsrechte, für die Erweiterung

des gewerkschaftlichen Schutzes auf prekär Beschäftigte im öffentlichen Sektor, gegen Privatisierung und Liberalisierung und für den Ausbau qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste auch in Zukunft zu unterstützen;

FORDERT die Mitglieder in Korea und überall auf der Welt auf, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam neue Formen von Massenprotesten wie die Kerzenlicht-Proteste in Korea mit dem Ziel zu analysieren, neue effektive Formen der gewerkschaftlichen Organisierung sowie kollektive Strategien für den Kampf gegen rechtsextremen Nationalismus/Populismus und ausgrenzende Politik zu entwickeln und die Macht der ArbeitnehmerInnen und die Kontrolle des öffentlichen Sektors auszubauen; und

FORDERT das Sekretariat auf, diese Initiativen zu unterstützen, auch durch die Zuteilung von Ressourcen für Forschungen, die zu einem besseren Verständnis der Auswirkungen globaler politisch-wirtschaftlicher Trends auf den öffentlichen Sektor in jedem Land führen und den Austausch zwischen den Mitgliedern fördern sollen.

Vorgelegt vom Rat der koreanischen Mitgliedsorganisationen

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 48: Solidarität mit dem kurdischen Volk

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

IN ANBETRACHT, DASS

- mehr als 30 Millionen Kurden kein Heimatland haben und in Syrien, der Türkei, Irak und Iran von den Regierungen und nicht-staatlichen Kräften unterdrückt werden und Gewalt erfahren; und
- die Gewerkschaftsbewegung entsprechend einer mit der Unterstützung der Demokratie während des Bürgerkriegs in Spanien begründeten Tradition auch diesen Kampf unterstützen muss;

BESCHLIESST, dass PSI solidarisch an der Seite des kurdischen Volkes in seinem Kampf um Selbstbestimmung und eine freie und egalitäre Gesellschaft steht, errichtet auf säkularen und freiheitlichen sozialistischen Grundsätzen;

BESCHLIESST weiterhin, dass PSI die unabhängigen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) unterstützt, die zur Verteidigung kurdischer Gemeinschaften wie Rojava und Kobane aufgestellt wurden; und

BESCHLIESST weiterhin, dass PSI Möglichkeiten für eine konkrete humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe für kurdische Gemeinschaften und repräsentative Organisationen erkundet; und

BESCHLIESST daher abschließend, dass PSI Regierungen, die Zivilgesellschaft und die globale Gewerkschaftsbewegung auffordert, das kurdische Volk zu unterstützen.

Vorgelegt von: National Union of Public and General Employees (NUPGE), Kanada

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 49: Israel und Palästina (zurückgezogen)

Vorgelegt von: Union of Clerical, Administrative and Public Service Employees (Histadrut), Union of Government Employees (Histadrut), Israel; International Brotherhood of Teamsters (IBT), USA

Dieser Antrag wurde zugunsten des Änderungsantrags Nr. 43 zum Entschließungsantrag Nr. 51 zurückgezogen.

Entschließungsantrag Nr. 50: Für einen unabhängigen palästinensischen Staat, der seinen BürgerInnen hochwertige öffentliche Dienste bietet

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

- Zusätzlich zur fortdauernden Besetzung, ist die größte Bedrohung des Friedens im Nahen Osten darin zu sehen, dass die israelische und die amerikanische Regierung die Zwei-Staaten-Lösung verworfen haben, wie dies während des ersten Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu deutlich wurde.
- Zu diesem Richtungswechsel in der US-amerikanisch-israelischen Politik kam es nach Annahme der Resolution 2334 durch den UN-Sicherheitsrat am 23. Dezember 2016, die eine sofortige Beendigung aller Siedlungsaktivitäten forderte und alle nach 1967 errichteten Siedlungen für unrechtmäßig erklärt. Die Resolution ging erneut auf die Idee einer Zwei-Staaten-Lösung mit den demokratischen Staaten Israel und Palästina ein, die Seite an Seite friedlich innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen existieren.
- Trotz der Resolution des UN-Sicherheitsrates setzt die israelische Regierung in forciertem Tempo ihre Siedlungspolitik auch in Ostjerusalem fort und sorgt auf diese Weise dafür, dass die besetzten palästinensischen Gebiete nicht überlebensfähig sind.
- Der Gazastreifen ist nach wie vor vollständig abgeriegelt, die Menschen dort stehen sozial auf unterschiedlichen Ebenen unter Druck. Dies gilt besonders für die Gesundheitsversorgung, hier hat die israelische Regierung sogar dafür gesorgt, dass erkrankte palästinensische BürgerInnen die Grenze nicht passieren konnten, um sich medizinisch behandeln zu lassen.

Der Kongress STELLT ebenfalls FEST:

- PSI hat bereits in früheren Beschlüssen ihre Überzeugung bekräftigt, dass ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur auf Grundlage von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes denkbar ist und zu einem souveränen, unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staat Seite an Seite mit einem israelischen Staat führen muss.
- PSI hält die Umsetzung ihres wichtigsten Mottos „für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste“ in einem Land wie Palästina für nicht realistisch, wenn nicht ein unabhängiger und demokratischer palästinensischer Staat gegründet wird. Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste sind ohne einen Staat nicht möglich, der eigene Entscheidungen durch demokratische Prozesse und unabhängig von fremden Mächten treffen kann.

Der Kongress BESCHLIESST daher:

1) Den Appell „für einen demokratischen und unabhängigen palästinensischen Staat, der für seine BürgerInnen qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen anbietet“ hochzuhalten;
2) Die Mitglieder zur Zusammenarbeit mit ihren Regierungen aufzurufen, damit diese gegenüber Israel Druck aufbauen und die Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrates 2334 (zusätzlich zu den Resolutionen 338 und 242) sowie die Beendigung der Blockade des Gazastreifens fordern;
3) Die Veranstaltung eines spezifischen Gewerkschaftsprojekts für Palästina unter dem o.g. Appellthema, das eine internationale Konferenz enthalten soll, die in eine anschließende internationale Kampagne mündet. Die internationale Konferenz wird folgende Schwerpunktthemen haben:
    a. Die Besetzung und ihre Auswirkungen auf öffentliche Dienste und die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes,
    b. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Entwicklung einer Politik, die zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten führt,
    c. Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste und ihre Rolle beim Aufbau der Demokratie,

d. Die Rolle der einheimischen und internationalen Gewerkschaften beim Aufbau eines unabhängigen palästinensischen Staates,
e. Arbeitsnormen und Gewerkschaftsrechte in Gesetz und Praxis.

Vorgelegt von der Gewerkschaft Syndicat national autonome des Personnels de l'Administration publique (SNAPAP), Algerien, im Namen des Wahlkreises für arabische Länder

Der Geschäftsordnungsausschuss spricht keine Empfehlung aus.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 50

Änderungsantrag Nr. 42

Die Entschließung durch einen letzten Absatz wie folgt **ergänzen**:

Weiter APPELLIERT der Kongress an die PSI-Führungsspitze, eine Mission nach Palästina und Israel zu beschließen, um diese Anliegen zu vertiefen und Empfehlungen zu formulieren, wie die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im öffentlichen Sektor in der Region gestärkt werden kann.

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Antragsteller unterstützt diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss hat zu diesem Antrag noch nicht Stellung bezogen.

Entschließungsantrag Nr. 51: Die Rechte palästinensischer ArbeitnehmerInnen in Israel (zurückgezogen)

Vorgelegt von: American Federation of Government Employees (AFGE); American Federation of Teachers (AFT); International Brotherhood of Teamsters (IBT); Service Employees International Union (SEIU) – USA; Asociación del Personal No Docente de la Universidad de Buenos Aires (APUBA), Argentinien; Centrale des Syndicats du Québec (CSQ), Kanada; Public Services Labour Independent Confederation (PSLINK), Philippinen; Sindicato de Trabajadores de la Universidad Nacional Autónoma de México (STUNAM), Mexiko

Dieser Entschließungsantrag wurde zugunsten des Änderungsantrags Nr. 42 zum Entschließungsantrag Nr. 50 zurückgezogen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 51

Änderungsantrag Nr. 43

Vorgelegt von: Union of Clerical, Administrative and Public Service Employees (Histadrut), Union of Government Employees (Histadrut), Israel

Der Text dieses Änderungsantrags wird nicht veröffentlicht, da der Entschließungsantrag Nr. 51 zurückgezogen wurde.

Der Geschäftsordnungsausschuss hat zu diesem Antrag noch nicht Stellung bezogen.

Entschließungsantrag Nr. 52: Kanadisches Gesetz gegen Terrorismus, 2015

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST:

- Im Juni 2015 hat die Regierung Kanada das Gesetz C-51 verabschiedet, den *Anti-Terrorism Act, 2015;*
- Die zurzeit in Kanada regierende Partei, die *Liberal Party*, hat diesen Rechtsakt damals mit der Ankündigung einstimmig mitgetragen, dass sie - sollte sie gewählt werden - die schlimmsten Auswüchse dieses Gesetzes zurücknehmen werde. Zurzeit erfolgt eine Überprüfung dieses Gesetzes;
- Der *Anti-Terrorism Act* stellt eine profunde Bedrohung von Bürgerrechten und demokratischen Freiheiten aller in Kanada lebenden Menschen dar, dazu zählen die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die persönliche Sicherheit, Schutz vor rechtswidrigen Durchsuchungen und Schutz vor willkürlichen Verhaftungen;
- Der *Anti-Terrorism Act* definiert Bedrohungen der „nationalen Sicherheit" als Angriffe auf wichtige Infrastruktureinrichtungen und auf die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität, womit GewerkschafterInnen und AktivistInnen, die sich an Streiks und anderen legitimen Protestkundgebungen beteiligen, Gefahr laufen, ungerechtfertigt überwacht und kriminalisiert zu werden;
- Der *Anti-Terrorism Act* stattet den *Canadian Security Intelligence Service* (kanadischer Geheimdienst, CSIS) mit unbegrenzten Vollmachten aus, private Informationen zu ermitteln und weiterzugeben und StaatsbürgerInnen ohne ordnungsgemäßes Verfahren festzunehmen. Damit wird das Mandat des CSIS auf eine Weise erweitert, die die Rechte der KanadierInnen im Strafjustizwesen außer Kraft setzt;
- Da es im Parlament keinen starken Kontrollausschuss für Fragen der nationalen Sicherheit und auch kein übergreifendes Prüfungsgremium gibt, sind wir in Sorge, dass dieses Gesetz zu Menschenrechtsverletzungen führen wird;
- Der *Anti-Terrorism Act* ist ein systematischer Versuch, ein Klima der Angst zu schaffen, indem Minderheiten und marginalisierte Gemeinschaften in Kanada zum Ziel gemacht werden. Das Gesetz will keine terroristischen Anschläge verhindern, sondern legitimen Protest gegen die umstrittene Politik der Regierung unterdrücken.

BESCHLIESST, dass die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI):

- Alle Initiativen der Gewerkschaftsbewegung in Kanada unterstützen wird, gegen den C-51 Anti-Terrorism Act, 2015 in allen Punkte vorzugehen, indem wir auf dringende Aufrufe reagieren, Briefe und E-Mails zu schreiben und Präsenz in den sozialen Medien zu zeigen;
- Entschiedenen Widerstand gegen die Regierung Kanadas leisten wird, wenn dieses Gesetz zwangsläufig die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Menschenrechte und die Demokratie einschränkt;
- Die Gewerkschaftsbewegung in Kanada aktiv bei der Kontaktaufnahme mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen weltweit unterstützen wird, die wie wir der Meinung sind, dass Antiterrorgesetze benutzt werden, um legitime Proteste gegen eine rechtsgerichtete Regierungspolitik zum Schweigen zu bringen, um Minderheiten und marginalisierte Gemeinschaften in unverhältnismäßiger Weise ins Visier zu nehmen und um unsere Solidarität als ArbeitnehmerInnen zu unterwandern.

Vorgelegt von: Canadian Union of Public Employees (CUPE), Kanada

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 53: Fortsetzung des Friedensprozesses in Kolumbien

(Originalversion Spanisch)

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

ZEIGT SICH ZUFRIEDEN mit der Unterzeichnung des 'Allgemeinen Abkommens zur Beendigung des bewaffneten Konflikts und zum Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens' nach Abschluss der Verhandlungen zwischen der FARC-EP und der Regierung Kolumbiens, das einen seit 50 Jahre andauernden bewaffneten Konflikt zwischen Landsleuten beendet hat. Dieser Konflikt ist inzwischen tief im Herzen dieser Nation verwurzelt und hat den Aufbau eines modernen, inklusiven und auf Partizipation ausgerichteten Staates verhindert und stattdessen den Abstand zwischen einer millionenschweren Minderheit und einer verarmten Mehrheit mit keiner Möglichkeit der Inanspruchnahme qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste weiter vergrößert;

STELLT mit Sorge FEST, dass die Diskussionen im kolumbianischen Parlament über die Einhaltung des Allgemeinen Abkommens zur Beendigung des bewaffneten Konflikts in einer aufgeheizten politischen Atmosphäre stattgefunden haben, die zu einem neuen Konflikt zu führen droht und evtl. die Formulierung der Gesetzesentwürfe verhindert, die zur endgültigen Umsetzung der Vereinbarung zwischen der FARC und der Regierung und zur Durchsetzung der Einhaltung des Abkommens erforderlich sind; und

FORDERT die Unterzeichnenden und besonders den kolumbianischen Kongress in diesem Kontext nachdrücklich **AUF**, eine Atmosphäre herzustellen, die für einen möglichst umfassenden nationalen Dialog erforderlich ist, und alle repräsentativen Kräfte des Landes einschließlich der Gewerkschaften zu ersuchen, positiv auf den Vorschlag eines soliden und ausreichenden Rechtsrahmens für das o.g. Abkommen zu reagieren, das das hohe Gut des Friedens für das kolumbianische Volk auf Dauer festschreibt und den Rechtsrahmen nutzt, um Fortschritte bei der Konsolidierung universeller, inklusiver und demokratischer öffentlicher Dienste besonders für die Menschen zu machen, die mehr als 50 Jahre lang am schwersten von den bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen waren.

Vorgelegt von: Sindicato Nacional de Empleados de la Dirección de Impuestos y Aduanas Nacionales (SINEDIAN); Sindicato de Trabajadores del Hospital Universitario San Ignacio (SINTRASANIGNACIO); Sindicato Nacional de Trabajadores al Servicio del Estado (SINTRAESTATALES) – Kolumbien

Der PSI-Vorstand empfiehlt, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen.

ÄNDERUNGSANTRAG ZU ENTSCHLIESSUNG NR. 53

Änderungsantrag Nr. 41

Einen neuen Absatz zwischen den Absätzen 1 und 2 **einfügen**:

ANERKENNT und UNTERSTÜTZT diesen historischen Durchbruch und FORDERT die PSI-Mitglieder weltweit AUF, Kolumbiens Gewerkschaften bei der äußerst wichtigen Aufgabe zu unterstützen, den Friedensprozess mit Leben zu erfüllen, die soziale Gerechtigkeit zu verteidigen und eine friedliche und demokratische Gesellschaft aufzubauen;

Vorgelegt von: American Federation of Teachers (AFT), USA

Der Antragsteller unterstützt diesen Änderungsantrag.

Der Geschäftsordnungsausschuss empfiehlt, diesen Änderungsantrag zu unterstützen.

Entschließungsantrag Nr. 55: PSI-Mitgliedsbeiträge

Der 30. Weltkongress der Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI), versammelt in Genf, Schweiz, vom 30. Oktober bis zum 3. November 2017

STELLT FEST, dass sich PSI seit dem Kongress 2012 mit vielfältigen neuen Arbeitsthemen befasst, dies betrifft Bereiche wie Steuergerechtigkeit, Handel, Privatisierung, nachhaltige Entwicklung, Migration und Sektorthemen;

STELLT FEST, dass der Aufwand in Bereichen wie programmatische Arbeit, Forschung, Kampagnen, Kommunikation und Advocacy in allen Bereichen des PSI-Arbeitsprogramms gestiegen ist;

STELLT FEST, dass sich die finanzielle Situation von PSI nach dem Kongress 2012 stabilisiert hat, auch aufgrund signifikanter Einsparungen und erhöhter Effizienz;

STELLT FEST, dass die politische Weltlage immer komplexer wird und dass es weltweit immer mehr Angriffe auf öffentliche Dienste gibt, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Arbeitsbedingungen, die Gewerkschaftsrechte und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste erhalten und verteidigen wollen;

KENNT die schwierige politische und finanzielle Lage zahlreicher PSI-Mitglieder;

STELLT FERNER FEST, dass das Personal von PSI in den ersten zwei Jahren des derzeitigen Kongressmandats einen Lohnstopp akzeptieren musste und dass die Vergütung seit dem Kongress 2012 um insgesamt 2% erhöht wurde;

STELLT FEST, dass die PSI-Mitgliedsbeiträge seit 2008 nur zwei Mal um insgesamt 6 Eurocent erhöht wurden und in den vergangenen zwei Jahren auf dem aktuellen Stand von 95,5 Eurocent eingefroren waren;

STELLT FEST, dass die vorliegenden Zahlen der Weltbank (2012-2015) zeigen, dass die weltweite Inflation in den vier Jahren bis 2015 um 11,6% gestiegen ist und in Frankreich, wo sich die PSI-Zentrale befindet, im gleichen Zeitraum um 3,4%; und

STELLT FEST, dass PSI niedrigere Mitgliedsbeiträge erhebt als die meisten anderen internationalen Branchengewerkschaften; deshalb

BESCHLIESST dieser Kongress, dem Vorstand das Mandat zu erteilen, die zukünftigen PSI-Mitgliedsbeiträge festzulegen.

Vorgelegt vom PSI-Vorstand.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.

Entschließungsanträge 3-55

Internationale der Öffentlichen Dienste
45, avenue Voltaire
01210 Ferney-Voltaire – Frankreich
www.world-psi.org